



DIE COVID-19-KRISE

FOLGEN UND LEHREN FÜR DIE EUROPÄISCHE SOZIALDEMOKRATIE

LÄNDERSTUDIE

POLEN

Dezember 2022





VORWORT

Dieser Länderbericht ist Teil der Vergleichsstudie *Covid-19 und seine Auswirkungen auf die europäische Sozialdemokratie*, die die Foundation for European Progressive Studies (FEPS) und die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) – in der ersten Phase mit Unterstützung des Cattaneo-Instituts in Bologna – durchgeführt und unter maßgeblicher Mitwirkung des Amsterdamer Forschungsinstituts Kieskompas erfolgreich abgeschlossen haben. Der Bericht ist einer von sechs Länderberichten, auf denen die vergleichende Studie aufbaut, und bietet eine detaillierte Sicht auf Polen.

Zu Beginn der Studie 2020 wollten die Projektverantwortlichen die Einstellungen der Bürger*innen während und nach der Pandemie untersuchen. Diese Einstellungen wurden im Zuge der weiteren Ausbreitung von COVID-19 in den beiden von Dynata vor Ort durchgeführten Erhebungswellen zu zwei verschiedenen Zeitpunkten (Dezember 2020/Januar 2021 und Oktober/November 2021) erfasst. Dabei zeigte sich, dass die Ansichten der Befragten sich während der tiefgreifenden Krise teilweise veränderten. Da alle beteiligten Partner ein möglichst genaues und umfassendes Meinungsbild erstellen wollten, beinhaltete die Umfrage schließlich 13 soziodemografische und 63 thematische Fragen. Diese Fragen ermöglichten eine Unterteilung der umfangreichen Daten, die in sechs Ländern (Frankreich, Spanien, Italien, Deutschland, Schweden und Polen) in einem Sample von 1.000 Bürger*innen pro Land jeweils zweimal erhoben wurden. Dank Kreuztabellen und Überschneidungsanalysen zur Wahlneigung ließen sich in Bezug auf die Trends in verschiedenen Gruppen sehr konkrete Antworten eruieren. Besonderes Augenmerk wurde dabei natürlich auf die Meinungen der Wählerschaft und Sympathisierenden aus dem Mitte-Links-Spektrum gelegt. In diesem Sinne sollen die folgenden Seiten und insbesondere die Abschnitte mit der Überschrift »Die wichtigsten Ergebnisse« der Politikberatung dienen.

Nach der ersten Erhebungswelle hatten FEPS und FES die ersten Ergebnisse auch in den Kreisen der Sachverständigen aus den sechs betroffenen Ländern intensiv diskutiert. Dabei ging es darum, die gewonnenen Erkenntnisse in einen länderspezifischen Kontext zu stellen und sowohl die Gemeinsamkeiten als auch die Unterschiede im Gesamtvergleich zu verdeutlichen. Diese Debatten fanden in Form von geschlossenen Diskussionsrunden statt, an denen Mitglieder der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments, Akademiker*innen, Gewerkschafter*innen, Expert*innen der Zivilgesellschaft, Parteistrategen und Meinungsforscher*innen, Jugendvertreter*innen und Publizist*innen teilnahmen. Die Projektverantwortlichen danken all diesen Personen für ihre Zeit, ihren Enthusiasmus und ihre Beiträge. Die mehr als 200 Teilnehmenden können leider an dieser Stelle nicht alle namentlich genannt werden. Unser Dank gilt auch den Organisationen, die bei der Durchführung der Veranstaltungen geholfen haben – insbesondere dem Ignacy-Daszynski-Zentrum (Centrum im. Ignacego Daszynskiego, CID), dem Olaf Palme Center, der Fundación Pablo Iglesias und der Fundació Rafael Campalans sowie den FES-Regionalbüros in Madrid, Stockholm, Warschau, Paris und Rom. Die bei diesen Veranstaltungen gewonnenen Erkenntnisse waren für die Fertigstellung sowohl der Länderfallstudie als auch des vergleichenden Berichts besonders relevant.

Vor diesem Hintergrund freuen wir uns, dieses Dokument einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, und danken nochmals dem Cattaneo-Institut (mit Salvatore Vassalo, Moreno Mancuso und Federico Vegetti) für die Zusammenarbeit bei der Erstellung des Fragebogens

und der Datenerfassung, Dynata für die Durchführung der beiden Erhebungswellen und dem Team von Kieskompas (mit André Krouwel und Yordan Kutiyski), das in mehreren Durchgängen mit uns zusammengearbeitet und diese wichtigen Dokumente fertiggestellt hat. Schließlich möchten wir uns bei unseren Kolleg*innen bedanken – hier vor allem bei Céline Guedes von der FEPS und Adriana Hornung von der FES, die die gesamten organisatorischen Aufgaben geschultert haben.

Dr. Ralf Hexel
Friedrich-Ebert-Stiftung

Dr. Ania Skrzypek
Foundation for European Progressive Studies

INHALT

○	ZUSAMMENFASSUNG: POLARISIERTES LAND MIT HETEROGENER OPPOSITION	4
○	DATENERHEBUNG UND METHODISCHER ANSATZ	6
1	DIE IMPFDEBATTE WIRD ZUR DISKUSSION ÜBER RECHTE UND FREIHEITEN	8
2	RECHTE NEIGEN STÄRKER ZU VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN	24
3	DIE WÄHLERSCHAFT DER NOWA LEWICA UND KLEINERER PARTEIEN BEKLAGT EINE VERSCHLECHTERUNG DER WIRTSCHAFTSLAGE	30
4	WISSENSCHAFTSSKEPSIS IST ERSCHRECKEND WEIT VERBREITET	38
5	DEUTLICHE VERSCHIEBUNG DER PARTEIPRÄFERENZEN VON EU-WAHL ZU EU-WAHL	52
6	40 PROZENT DER BÜRGER*INNEN BESUCHEN MINDESTENS EINEN GOTTESDIENST IM MONAT	56
○	AUTOREN	60
○	IMPRESSUM	65



ZUSAMMENFASSUNG

POLARISIERTES LAND MIT HETEROGENER OPPOSITION



- 1) Die Covid-19-Pandemie hat die politischen und gesellschaftlichen Gräben in Europa vertieft. Polen bildet hier keine Ausnahme, wie die Analysen der in diesem Kapitel herangezogenen Daten zeigen. Es ist bemerkenswert, dass die Meinungen der Befragten sich von 2020 bis 2021 größtenteils nicht wesentlich verändert haben.
- 2) Die Zustimmung zu den Pandemiebekämpfungsmaßnahmen ist in Polen geringer als in den anderen Ländern, die im Rahmen dieses Projekts untersucht wurden. Hier zeigt sich ein umgekehrtes Bild: Bei den ideologisch rechts orientierten Befragten ist die Zustimmung zu den Maßnahmen am größten, wohingegen die links orientierten und der Mitte zuzuordnenden Befragten hochgradig kritisch eingestellt sind. Dies lässt sich wohl dadurch erklären, dass eine stramm rechte Partei – PiS – in Polen an der Regierung ist, während in der Opposition linke Parteien und Parteien der Mitte sitzen.
- 3) Für Letztere ist charakteristisch, dass sie mit dem Regierungshandeln und mit dem Umgang mit der Pandemie insgesamt nur wenig zufrieden sind und weniger Vertrauen in die Institutionen haben. Die kritischste Haltung zur Regierung nimmt jedoch eine andere rechte Partei – Konfederacja – ein; sie vertritt auch bei den Themen Klimawandel und Einwanderung die radikalsten Positionen. Die Wähler*innen von Konfederacja sind auch diejenigen, die gegenüber der Wissenschaft am kritischsten eingestellt sind, die EU-Mitgliedschaft ihres Landes am entschiedensten ablehnen und bei denen der Verschwörungsglaube am stärksten ausgeprägt ist.
- 4) Die Wähler*innen der wichtigsten Oppositionsparteien – KO und Nowa Lewica – vertreten hingegen ganz andere Meinungen; ihre Positionen entsprechen den Einstellungen gemäßiger westeuropäischer Parteien. Diese Wähler*innen sind stark besorgt wegen des Klimawandels, haben Vertrauen in die Wissenschaft und sind der Meinung, dass Einwanderer ein Gewinn für Polen sind. Dies deutet darauf hin, dass die Regierung dem Druck durch eine sehr heterogene Opposition ausgesetzt ist, die ein breites politisches Spektrum abdeckt.
- 5) Was die demografische Zusammensetzung betrifft, sind Grundmisstrauen und Politikverdrossenheit bei den Bürger*innen mit niedrigerem Bildungsniveau und schwieriger Einkommenslage am stärksten vertreten: Diese Befragten haben im Vergleich zu anderen demografischen Gruppen ein sehr viel größeres Grundmisstrauen und sind sehr klimaschutzfeindlicher und generell unzufriedener mit der Regierung. Sie haben auch die kritischste Einstellung gegenüber der Europäischen Union und bezweifeln, dass der Klimawandel gravierende Auswirkungen auf künftige Generationen haben wird.
- 6) Nimmt man das Alter zum Maßstab, vertreten die älteren Generationen tendenziell fortschrittlichere Positionen als die Jüngeren – im Unterschied zu allen anderen Ländern, die im Rahmen dieses Projekts untersucht wurden.
- 7) Insgesamt zeigen die Daten auf, dass es in Polen viele unterschiedliche und oftmals polarisierte Meinungen gibt und dass das Land stärker polarisiert ist als andere europäische Staaten, weil die Anhänger der Regierung und die Anhänger der Opposition diametral entgegengesetzte Meinungen und Werte vertreten. Bei Themen wie Klimawandel und Einwanderung zeigt sich jedoch, dass die meisten Befragten sich stärker sorgen und toleranter sind, als in den Medien häufig berichtet wird.



DATENERHEBUNG UND METHODISCHER ANSATZ



Diese Länderstudie liefert einen detaillierten Überblick über die öffentliche Meinung in Polen, indem er die Einstellungen verschiedener demografischer und politischer Gruppen vergleicht. Die Befragten wurden nach Geschlecht, Alter, Bildungsstand, wirtschaftlichem Wohlstand und ideologischer Ausrichtung eingeteilt. Vor allem wurden anhand der aktuellen Wahlabsicht der Befragten Wählergruppen ermittelt. Der Vergleich dieser Bürger*innenkategorien soll es politischen Entscheidungsträger*innen und Wahlkämpfer*innen gleichermaßen ermöglichen, fundierte Entscheidungen im Hinblick auf bestimmte Zielgruppen zu treffen.

In der Ergebnisauswertung werden die Antworten der oben genannten Befragten auf die verschiedenen geschlossenen Fragen der Erhebung miteinander verglichen. Mit Hilfe von Fragen zu ein und demselben Thema (beispielsweise zur Zustimmung zu Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie), für die anstelle von ordinalen Antwortkategorien eine Skala verwendet wird, wurden Indizes erstellt, nachdem zuvor in einer Reliabilitätsanalyse verifiziert wurde, dass jeweils dieselbe Begrifflichkeit erfasst wird. Für diese Indizes wird der Mittelwert jeder Befragtengruppe geschätzt; anschließend werden die Gruppen in zweidimensionalen Streudiagrammen dargestellt, die zwei Indizes beinhalten. Auch hier wurden für jede Wählergruppe die durchschnittlichen Mittelwerte zwischen den beiden Erhebungswellen berechnet.

Dynata hat im Dezember 2020/Januar 2021 bzw. im Oktober/November 2021 in Koordination mit dem Cattaneo-Institut in zwei Erhebungswellen Daten in diesen sechs Ländern erhoben: Frankreich, Deutschland, Italien, Polen, Spanien und Schweden. In Polen umfasste jede Erhebungswelle eine Auswahl von 1.002 Befragten, die für die demografische Zusammensetzung und die politischen Präferenzen der polnischen Bevölkerung repräsentativ ist. Die Fragebögen beider Erhebungswellen enthielten überwiegend sich überschneidende Fragen, so dass die öffentliche Meinung zu verschiedenen sozioökonomischen Themen im Zeitverlauf verglichen werden konnte. Da die Meinungsunterschiede zwischen den beiden Erhebungswellen in Bezug auf die in beiden Fragebögen enthaltenen Fragen minimal waren, werden für diese Fragen – von einigen Ausnahmen abgesehen – die durchschnittlichen Prozentsätze und Mittelwerte angegeben. Folgende Fragen waren nur in der ersten Erhebungswelle enthalten; für diese Fragen werden hier deshalb nur Ergebnisse aus dieser Welle aufgeführt:

- In der Frage, wie gut die nationale Regierung bei ihrer Reaktion auf die Corona-Pandemie auf kurze Sicht die Sicherung von Arbeitsplätzen und den Schutz der öffentlichen Gesundheit gegeneinander abgewogen hat, gehen die Meinungen auseinander.
- Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, wie gut die nationale Regierung bei ihrer Reaktion auf die Corona-Pandemie den Schutz der öffentlichen Gesundheit und den Schutz der individuellen Freiheit gegeneinander abgewogen hat.
- Einige wollen sich so schnell wie möglich gegen Covid-19 impfen lassen; andere halten eine Impfung für zu

riskant. Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie sich impfen lassen, wenn die Gesundheitsbehörden Ihnen ein Impfangebot machen?

- Haben Sie auf Ihrem Smartphone die Corona-Warn-App »STOP COVID« installiert?

Darüber hinaus wurden mehrere Fragen erst im Fragebogen der zweiten Erhebungswelle gestellt, so dass nur Ergebnisse und Fragen aus dieser Welle aufgeführt sind:

- Einige sind der Meinung, dass die Covid-19-Impfung für alle verpflichtend sein sollte, um die Pandemie zu stoppen; andere vertreten die Ansicht, es sollte den Menschen grundsätzlich freistehen, ob sie sich impfen lassen wollen oder nicht.
- Hat Ihre eigene wirtschaftliche Situation sich im Vergleich zu Ende 2020 verschlechtert oder verbessert, oder ist sie unverändert?
- Meinen Sie, dass Ihre eigene wirtschaftliche Situation in den nächsten 12 Monaten sich verbessert, sich verschlechtert oder unverändert bleibt?

Die Indizes zur Ermittlung von Verschwörungsglauben und populistischen Einstellungen wie auch die Frage nach der Bewertung des Programms »NextGenerationEU« wurden ebenfalls nur in der zweiten Welle erhoben, so dass auch bei diesen Themen nur Daten aus der zweiten Welle ausgewertet werden.



KAPITEL 1

DIE IMPFDEBATTE WIRD ZUR DISKUSSION ÜBER RECHTE UND FREIHEITEN

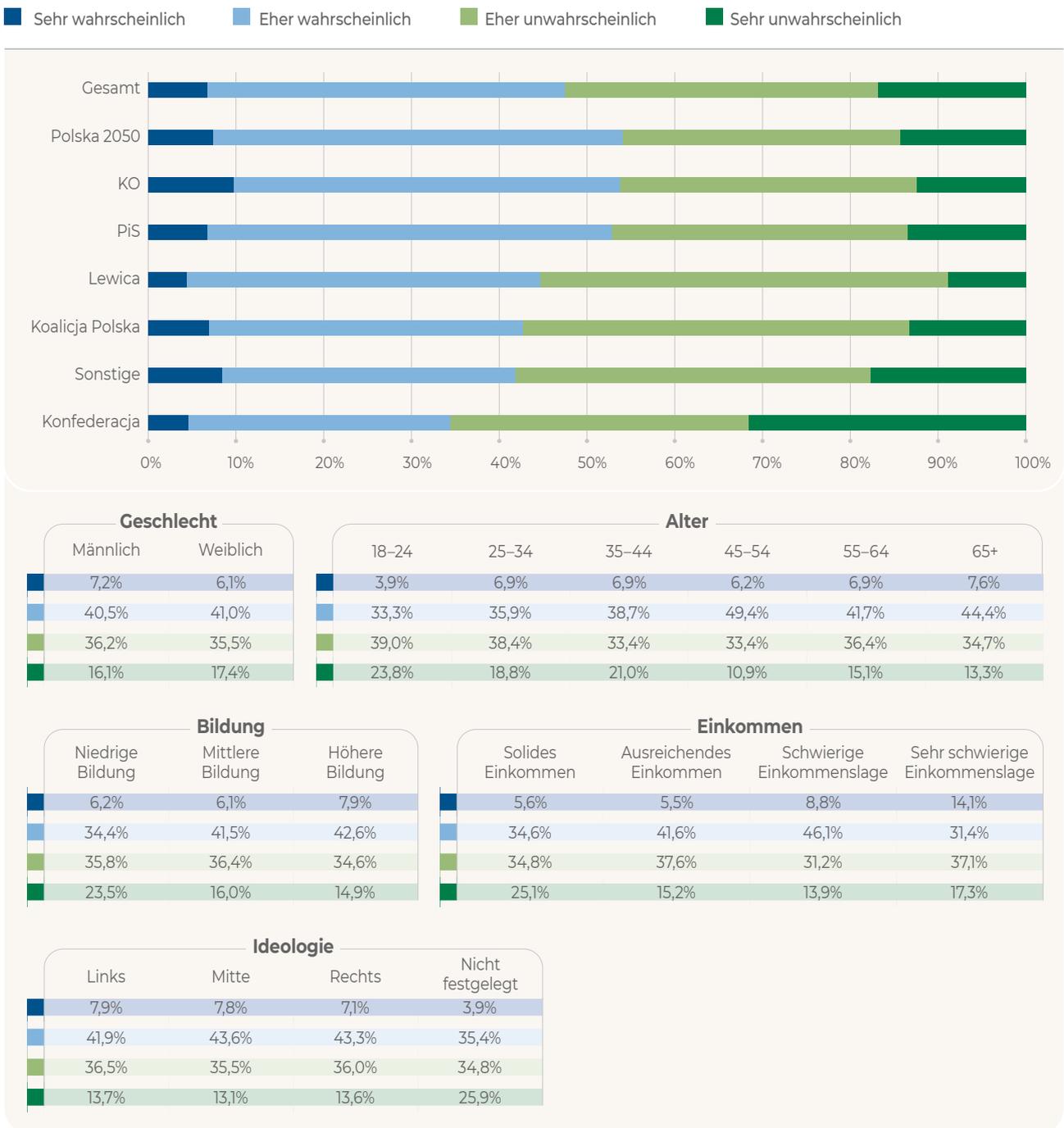


Wahrscheinlichkeit, sich mit dem Virus zu infizieren, und Ausmaß der Besorgnis

Etwas mehr als die Hälfte der polnischen Bürger*innen (52,7 Prozent) hält es für wahrscheinlich, dass sie sich mit dem Virus infizieren – dieser Prozentsatz ist höher als in allen anderen untersuchten Ländern. Die Wählerschaft von Polska 2050, KO und PiS hält es ebenso wie die ideolo-

gisch nicht eindeutig festgelegten Befragten für am wenigsten wahrscheinlich, sich mit dem Virus zu infizieren. Was die demografische Zusammensetzung betrifft, ist die Zahl derjenigen, die eine Ansteckung mit dem Virus für weniger wahrscheinlich halten, bei jüngeren Menschen und Personen mit höherem Bildungsniveau und Personen mit höherem Einkommen am höchsten.

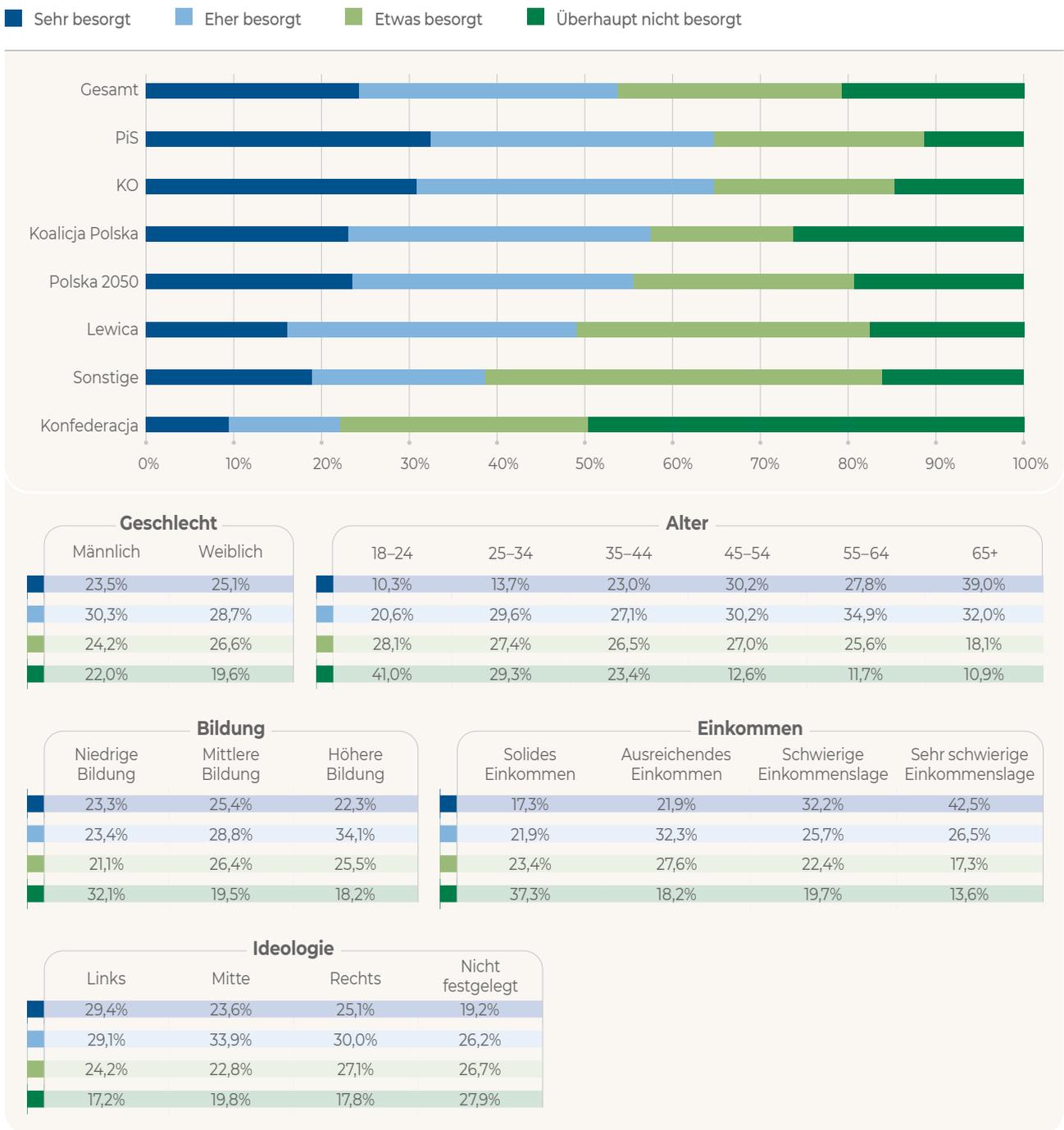
Abbildung 1 / Q22 – Für wie wahrscheinlich halten Sie es, sich mit Corona zu infizieren?



In Bezug auf die persönliche Gesundheitsgefährdung durch das Corona-Virus zeigt die Mehrheit der polnischen Bevölkerung (fast 80 Prozent) sich zumindest leicht besorgt. Die Wähler*innen von Konfederacja weichen am stärksten von anderen Befragten ab, denn rund die Hälfte von ihnen macht sich überhaupt keine Sorgen wegen der mit einer Covid-19-Infektion verbundenen Gesundheitsge-

fahren – dieser Anteil ist dreimal so hoch wie bei der Anhängerschaft anderer Parteien. Unter den Befragten sorgen sich ältere Menschen (insbesondere die über 55-Jährigen) sowie Wähler*innen der Links- und Mitte-Parteien am meisten über die von Covid-19 ausgehenden Gesundheitsrisiken; das Gleiche gilt für Menschen mit höherem Bildungsniveau und für einkommenschwächere Personen.

Abbildung 2 / Q23 – Wie besorgt sind Sie, dass eine Covid-19-Infektion Ihre Gesundheit gefährden könnte?



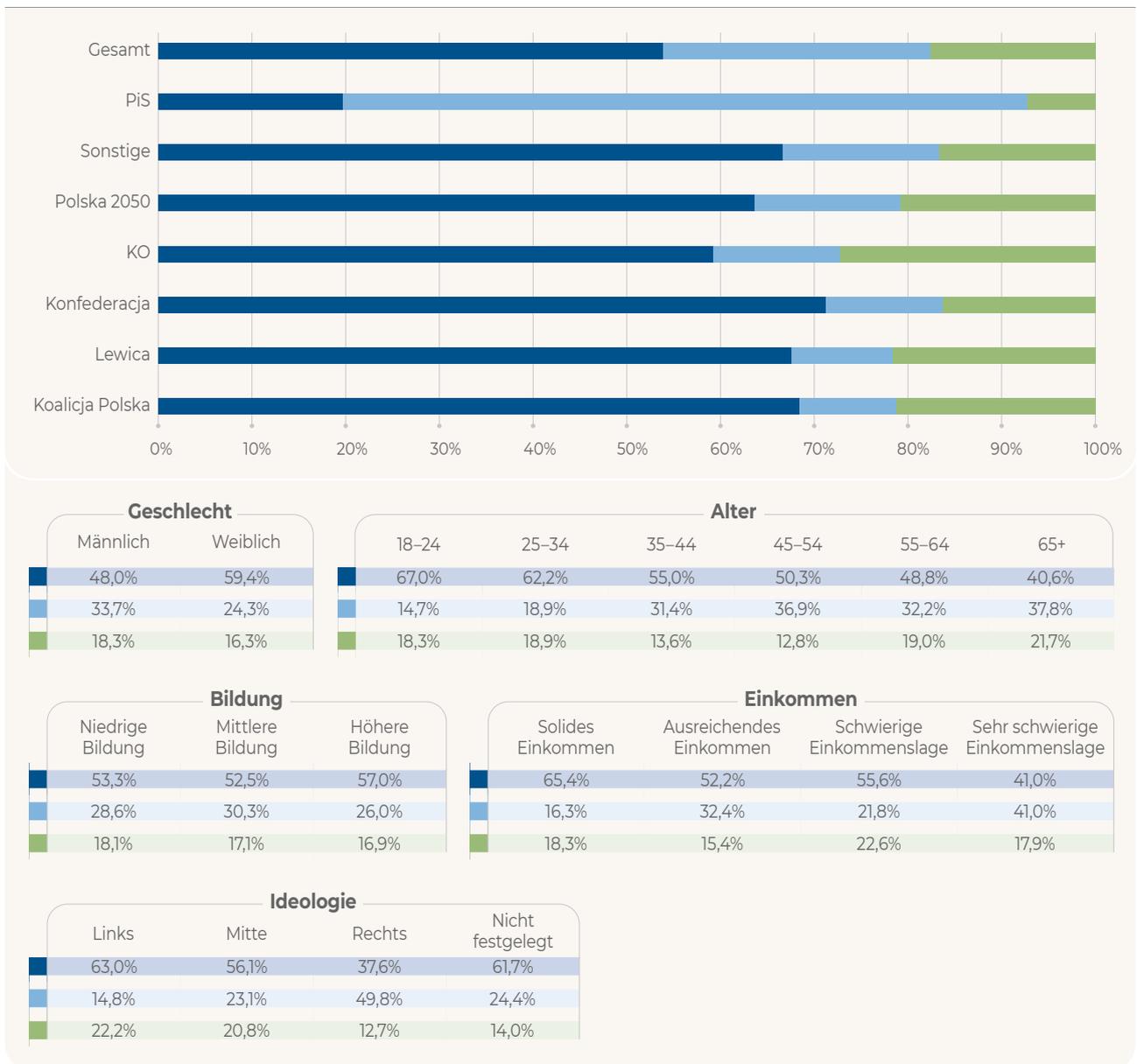
Beurteilung der Regierungspolitik zur Bekämpfung der Pandemie

Mehr als die Hälfte der polnischen Bürger*innen steht dem Umgang der Regierung mit Corona kritisch gegenüber und ist der Meinung, dass mehr für die Sicherung von Arbeitsplätzen hätte getan werden müssen. Nur 28,7 Prozent der Befragten meinen, dass das Handeln der Regierung ausgewogen war, während 17 Prozent der Ansicht sind, dass mehr für den Schutz der öffentlichen Gesundheit hätte getan werden müssen. Nur die PiS-Wählerschaft stimmt in ihrer großen Mehrheit der

Regierungspolitik zu, während es bei den Wähler*innen der Oppositionsparteien nur geringe Unterschiede gibt: Von ihnen ist die große Mehrheit der Ansicht, dass mehr für die Sicherung von Arbeitsplätzen hätte getan werden müssen. Was die demografische Zusammensetzung betrifft, sind Frauen, jüngere Menschen, Befragte mit höherem Bildungsniveau und wirtschaftlich Bessergestellte sowie Befragte aller ideologischen Überzeugungen mit Ausnahme der dem rechten Spektrum Zuordnenden der Meinung, dass die Maßnahmen überzogen waren.

Abbildung 3 / Q38 – Ausgewogenheit der Regierungsmaßnahmen: Arbeitsplätze vs. öffentliche Gesundheit

- Die nationale Regierung hat überzogene Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit getroffen, statt Arbeitsplätze zu sichern
- Die staatlichen Maßnahmen waren in etwa ausgewogen
- Die nationale Regierung hat überzogene Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung getroffen, statt die öffentliche Gesundheit zu schützen

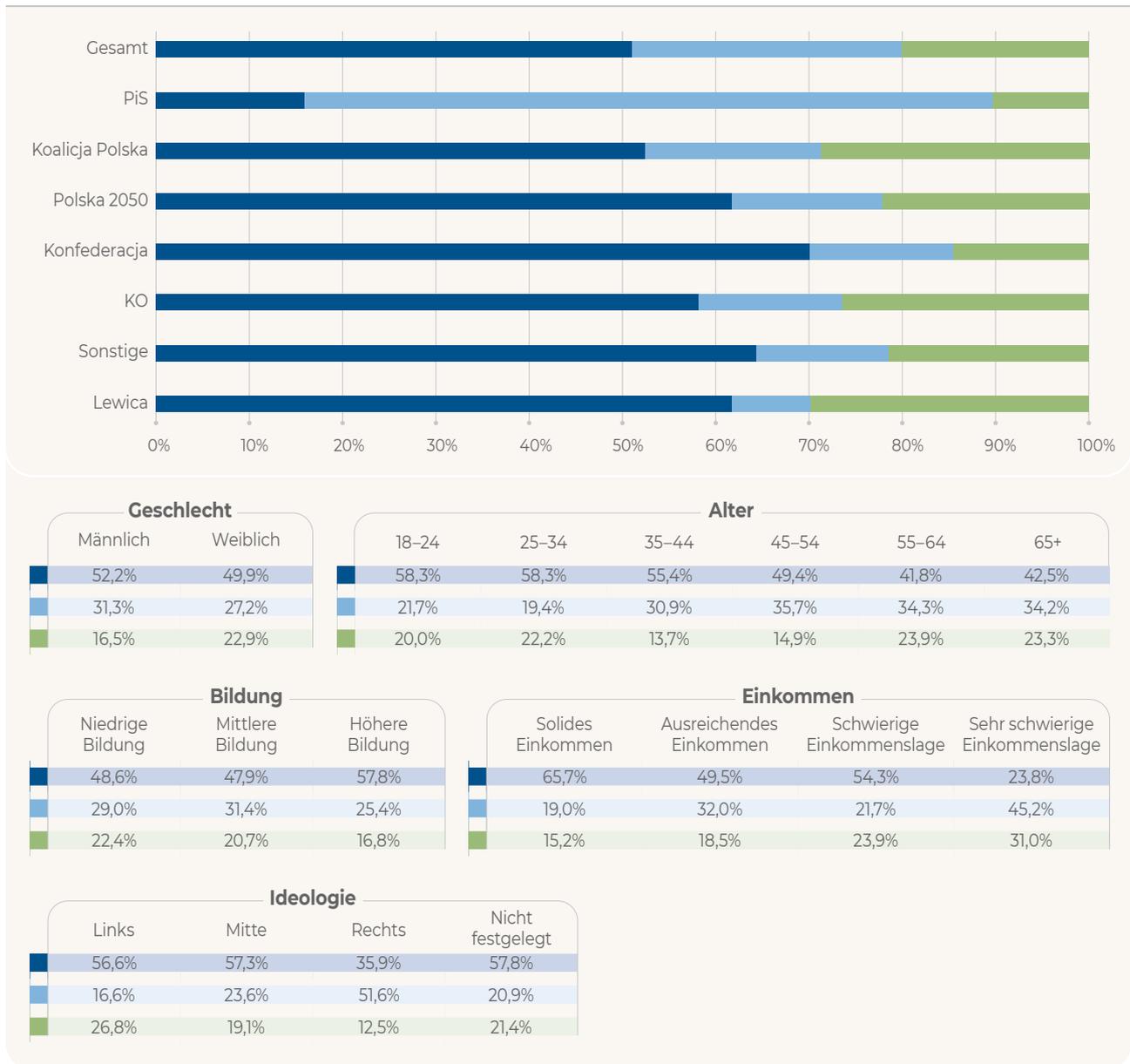


Ein ähnliches Meinungsbild zeigt sich auch bei der Frage, wie sehr die Bürger*innen der Meinung sind, dass die Maßnahmen der Regierung die richtige Balance zwischen Wahrung der Freiheitsrechte und Schutz der öffentlichen Gesundheit ausgerichteten getroffen haben: Eine hauchdünne Mehrheit von 51 Prozent der polnischen Befragten ist der Ansicht, dass die Freiheitsrechte über die Maßen eingeschränkt wurden, während fast 29 Prozent die Maßnahmen im Großen und Ganzen für ausge-

wogen halten und 20 Prozent der Befragten sich weiter reichende Beschränkungen gewünscht hätten. Alle Wähler*innen mit Ausnahme der Anhängerschaft der Regierungspartei PiS sind der Meinung, dass mehr für die Sicherung von Arbeitsplätzen hätte getan werden müssen. Am stärksten ist die Meinung, die Freiheitsrechte seien zu stark eingeschränkt worden, bei Personen mit höherem Bildungsniveau und bei wirtschaftlich Bessergestellten verbreitet.

Abbildung 4 / Q39 – Ausgewogenheit der Regierungsmaßnahmen: persönliche Freiheitsrechte vs. öffentliche Gesundheit

- Die nationale Regierung hat überzogene Corona-Maßnahmen getroffen, die die persönlichen Freiheiten zu stark einschränkten
- Die staatlichen Maßnahmen waren in etwa ausgewogen
- Die Regierung hat überzogene Maßnahmen getroffen und dadurch der öffentlichen Gesundheit in unverantwortlicher Weise geschadet



Wahrscheinlichkeit, sich impfen zu lassen

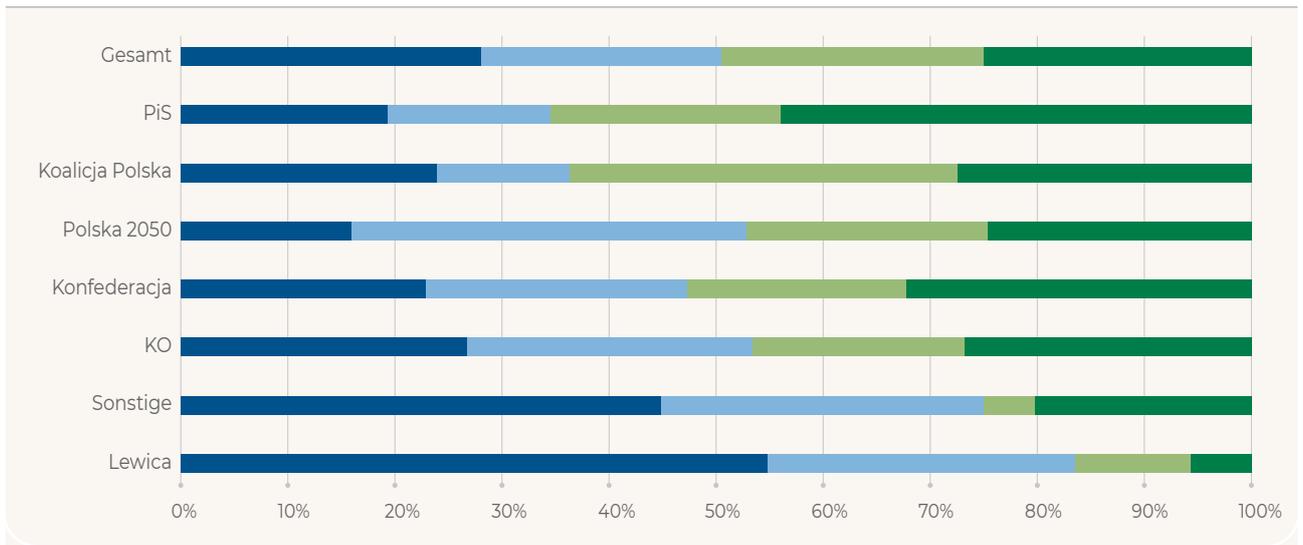
Zum Zeitpunkt der Umfrage gaben 49,2 Prozent der Befragten an, dass sie sich bei einem entsprechenden Angebot der Gesundheitsbehörden impfen lassen würden – das ist ein geringerer Prozentsatz als in den anderen Ländern, die im Rahmen dieses Projekts untersucht wurden. Dieser Prozentsatz ist niedriger als die aktuelle Impfquote in Polen, die bei etwa 58 Prozent liegt. Die Wähler*innen der zur Mitte bzw. zum linken Spektrum zu zählenden Parteien KO und Nowa Lewica sind ebenso wie die PiS-Wäh-

lerschaft am ehesten bereit, sich impfen zu lassen, während eine klare Mehrheit von etwa 82 Prozent der Konfederacja-Wählerschaft und 75 Prozent der Wählerschaft von Koalicja Polska dies ablehnt. Überraschenderweise ist die Impfbereitschaft bei Frauen etwas geringer als bei Männern. Jüngere Befragte sind erheblich weniger impfbereit als ältere Generationen. Ähnlich gering ist die Impfbereitschaft bei den Befragten mit höherem Bildungsstand, bei den Einkommensstarken und bei ideologisch nicht festgelegten Personen.

Abbildung 5 / Q52 – Wahrscheinlichkeit, sich impfen zu lassen

Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie ein etwaiges Impfangebot der Gesundheitsbehörden annehmen?

■ Sehr unwahrscheinlich ■ Eher unwahrscheinlich ■ Eher wahrscheinlich ■ Sehr wahrscheinlich



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
Sehr unwahrscheinlich	19,4%	36,1%
Eher unwahrscheinlich	19,8%	25,6%
Eher wahrscheinlich	26,7%	21,9%
Sehr wahrscheinlich	34,2%	16,3%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
Sehr unwahrscheinlich	35,0%	41,9%	36,2%	22,0%	18,9%	11,2%
Eher unwahrscheinlich	23,3%	28,8%	26,8%	22,7%	20,3%	13,8%
Eher wahrscheinlich	29,2%	21,5%	20,8%	21,3%	26,6%	27,6%
Sehr wahrscheinlich	12,5%	7,9%	16,1%	34,0%	34,3%	47,4%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
Sehr unwahrscheinlich	25,9%	27,6%	29,3%
Eher unwahrscheinlich	25,9%	22,6%	22,1%
Eher wahrscheinlich	25,9%	25,7%	20,5%
Sehr wahrscheinlich	22,4%	24,1%	28,1%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
Sehr unwahrscheinlich	34,3%	26,4%	25,5%	26,8%
Eher unwahrscheinlich	23,5%	23,8%	22,7%	12,2%
Eher wahrscheinlich	26,5%	24,0%	25,5%	24,4%
Sehr wahrscheinlich	15,7%	25,8%	26,2%	36,6%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
Sehr unwahrscheinlich	22,0%	21,8%	24,9%	42,4%
Eher unwahrscheinlich	19,3%	21,8%	27,0%	22,9%
Eher wahrscheinlich	25,6%	25,1%	24,9%	21,6%
Sehr wahrscheinlich	33,1%	31,3%	23,2%	13,1%

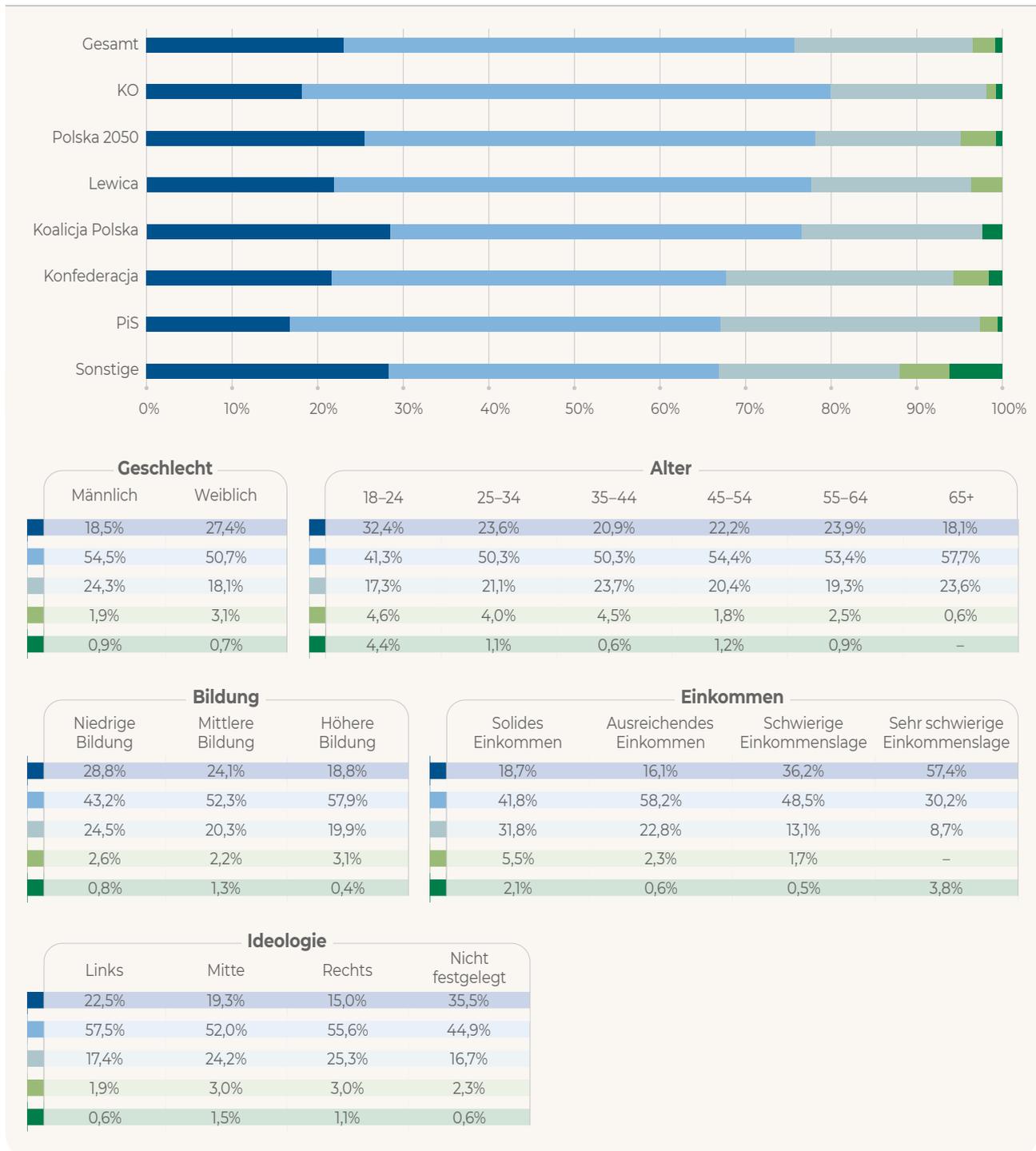
Auswirkungen von Covid-19 auf Lebensqualität und Arbeitsbedingungen

Bei der Frage nach den Auswirkungen der Pandemie auf die Lebensqualität gibt es kaum Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen: Mehr als 75 Prozent der Pol*innen berichten von negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie, wobei die Wählerschaft von KO und Polska 2050 sich am stärksten durch negative Folgen in ihrem Leben beeinträchtigt fühlt. Frauen und

jüngere Menschen (18 bis 24 Jahre) erlebten ebenso wie Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau und niedrigerem Einkommen eine stärkere Verschlechterung ihrer Lebenssituation. Die Wahrnehmung, von der Pandemie negativ betroffen zu sein, ist bei Bürger*innen aus dem linken und aus dem rechten Spektrum stärker ausgeprägt als bei politisch gemäßigten Befragten, aber am größten ist die Unzufriedenheit bei den ideologisch nicht festgelegten Personen.

Abbildung 6 / Q74 – Wie würden Sie die Auswirkungen der Covid-19-Krise auf Ihre Lebensqualität bewerten?

Sie hat mein Leben ... :
■ sehr verschlechtert ■ nicht verändert ■ sehr verbessert
■ etwas verschlechtert ■ etwas verbessert

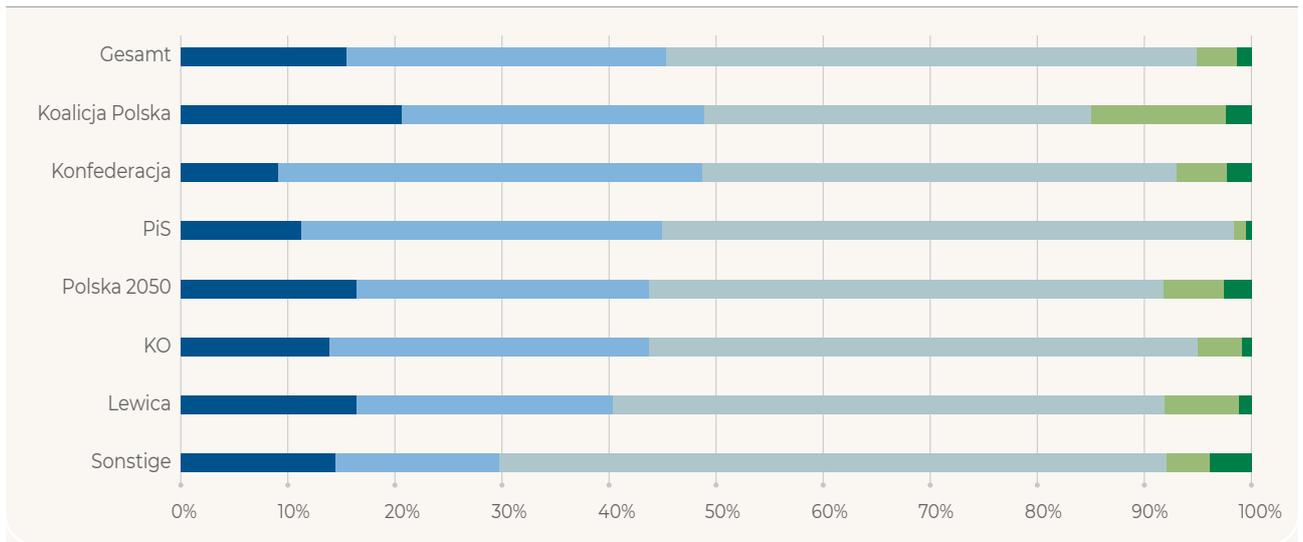


Eine große Minderheit der polnischen Befragten sieht ihre Arbeitsbedingungen durch die Pandemie nicht beeinträchtigt (49,6 Prozent). Im Vergleich zur Wählerschaft von Nowa Lewica und KO klagen die Wähler*innen von Koalicja Polska und Konfederacja über die massivste Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen. Unter 55-Jährige, Perso-

nen mit niedrigerem Bildungsniveau und Personen mit geringerem Einkommen geben an, am stärksten negativ von der Pandemie betroffen zu sein. Auch bei den Befragten des linken Spektrums und den ideologisch nicht Festgelegten ist die Zahl derjenigen, die nach eigener Aussage negativ von der Pandemie betroffen waren, höher.

Abbildung 7 / Q75 – Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der Covid-19-Krise auf Ihre Arbeitsbedingungen?

Meine Arbeitsbedingungen ... :
■ haben sich massiv verschlechtert ■ sind gleich geblieben ■ haben sich sehr verbessert
■ sind etwas schlechter geworden ■ haben sich etwas verbessert



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
Massiv verschlechtert	12,0%	18,8%
Etwas schlechter geworden	31,8%	28,3%
Gleich geblieben	51,1%	48,5%
Etwas verbessert	3,7%	3,4%
Sehr verbessert	1,5%	1,0%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
Massiv verschlechtert	22,6%	15,9%	17,3%	14,0%	13,0%	10,1%
Etwas schlechter geworden	31,5%	32,3%	32,7%	37,0%	26,4%	13,1%
Gleich geblieben	37,5%	43,5%	43,0%	47,1%	54,7%	75,7%
Etwas verbessert	5,8%	6,4%	6,0%	0,6%	4,0%	1,0%
Sehr verbessert	2,6%	1,9%	1,0%	1,2%	1,8%	-

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
Massiv verschlechtert	21,0%	16,4%	11,6%
Etwas schlechter geworden	25,0%	29,5%	32,8%
Gleich geblieben	50,1%	49,7%	49,2%
Etwas verbessert	1,1%	3,5%	5,0%
Sehr verbessert	2,7%	0,9%	1,4%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
Massiv verschlechtert	9,5%	10,9%	25,5%	45,3%
Etwas schlechter geworden	24,4%	31,6%	32,9%	17,3%
Gleich geblieben	56,3%	52,8%	39,0%	31,2%
Etwas verbessert	6,5%	4,1%	1,6%	2,4%
Sehr verbessert	3,3%	0,7%	0,9%	3,7%

Ideologie

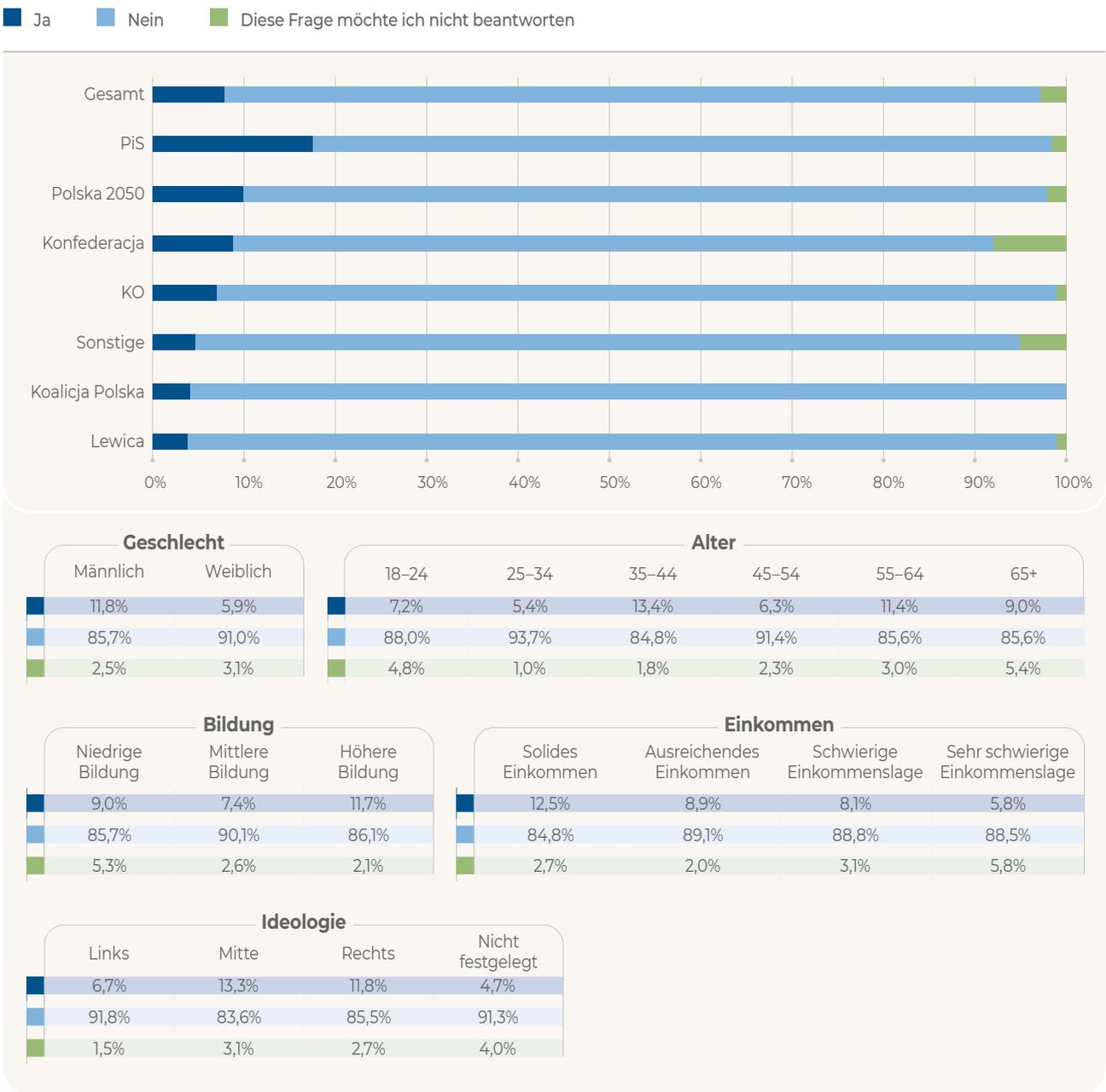
	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
Massiv verschlechtert	16,1%	9,5%	10,5%	25,2%
Etwas schlechter geworden	27,4%	33,2%	33,2%	26,5%
Gleich geblieben	50,6%	53,0%	50,9%	44,5%
Etwas verbessert	5,0%	3,1%	4,3%	1,9%
Sehr verbessert	1,0%	1,1%	1,1%	1,9%

Kontaktverfolgungs-App

Ein eher geringer Anteil der Befragten von nur 8,7 Prozent hat die nationale Kontaktverfolgungs-App (STOP COVID) installiert – dieser Anteil ist geringer als in den anderen in dieser Studie untersuchten Ländern. Der Anteil derjenigen, die die App installiert haben, ist bei den Wähler*innen der Regierungspartei PiS höher als in anderen Wähler-

gruppen, insbesondere höher als bei der Wählerschaft von Nowa Lewica, Koalicja Polska und kleineren Parteien. Am geringsten ist der Anteil derjenigen, die die Kontaktverfolgungs-App installiert haben, bei jüngeren Menschen, bei Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau und Menschen in prekärer wirtschaftlicher Lage sowie bei linken und ideologisch nicht festgelegten Personen.

Abbildung 8 / Q61 – Haben Sie die nationale Kontaktverfolgungs-App (STOP COVID) installiert?



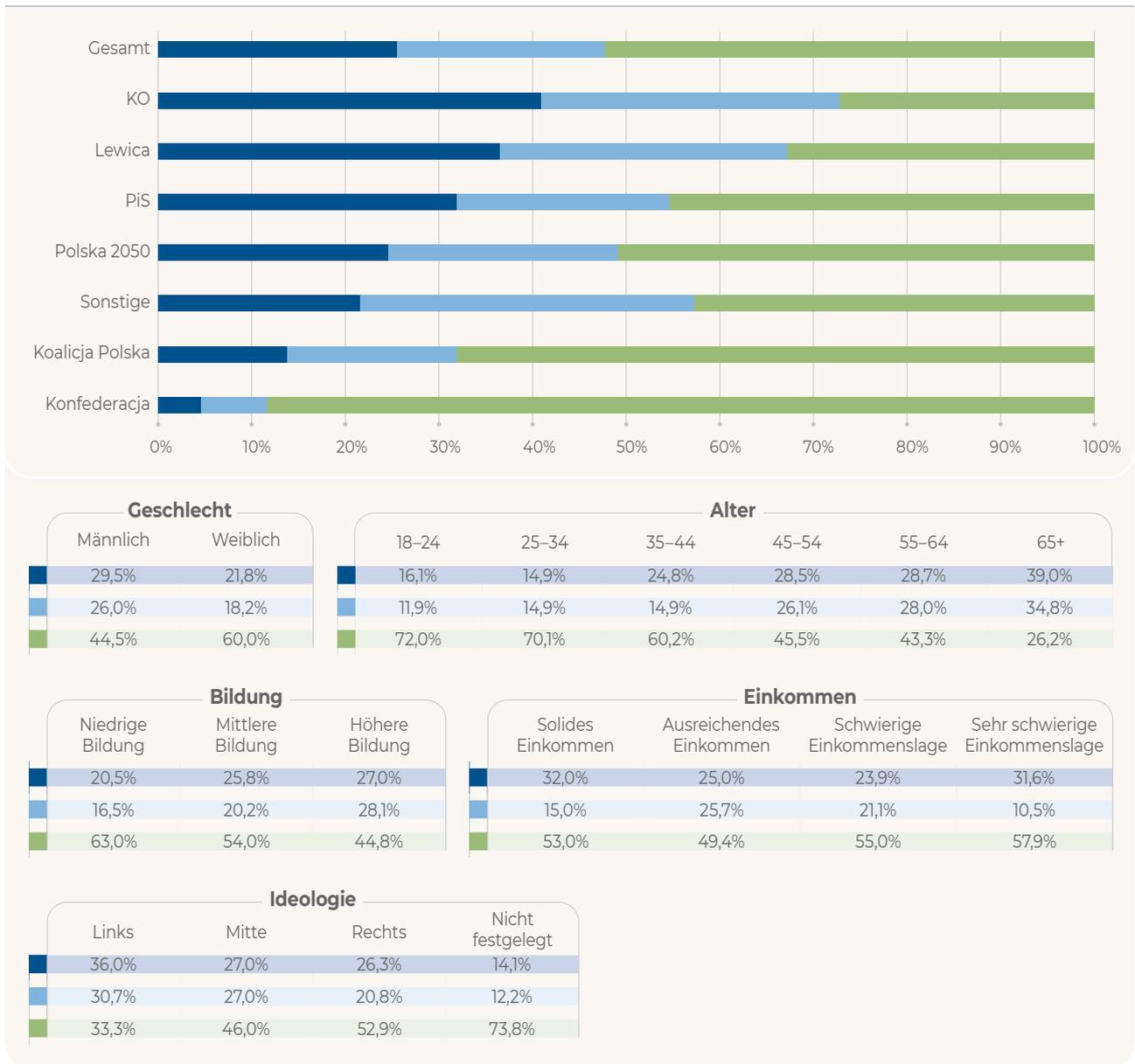
Impfpflicht

Weniger als 50 Prozent der polnischen Befragten sind der Meinung, dass es eine Impfpflicht gegen COVID-19 geben sollte – dieser Prozentsatz ist niedriger als in allen anderen in dieser Studie untersuchten Ländern. Am größten ist der Anteil der Impfpflichtbefürworter in der Wählerschaft der zur Mitte bzw. zum linken Spektrum zu zählenden Parteien KO und Nowa Lewica, während bei den Wähler*innen von Konfederacja und Koalicja Polska die Ablehnung am größten

ist. Die Zustimmung zu einer Impfpflicht ist bei Männern höher als bei Frauen; das Gleiche gilt für ältere Wähler*innen, Befragte mit höheren Einkommen und Befragte aus dem linken Spektrum. Erwähnenswert ist, dass die Impfpflichtbefürworter bei den Befragten mit solidem Einkommen und bei den Menschen in prekärer wirtschaftlicher Lage fast gleich stark vertreten sind. Bei den Befragten mit höherem Bildungsniveau sind die Impfpflichtbefürworter ebenfalls stärker vertreten als in anderen Bildungskategorien.

Abbildung 9 / Q21G – Impfpflicht

- Die Covid-19-Impfung sollte für alle verpflichtend sein
- Die Covid-19-Impfung sollte für den Zutritt zum öffentlichen Raum und für soziale Aktivitäten verpflichtend sein
- Die Menschen sollten selbst entscheiden können, ob sie sich impfen lassen oder nicht, ohne dass es für sie Folgen hat



Vertrauen in Institutionen, Zustimmung zu den Covid-Maßnahmen und öffentliche Wahrnehmung der Corona-Pandemie

Der Index »Zustimmung zu den Covid-Maßnahmen« beinhaltet 5 Einzelfragen, anhand derer die Befragten die Maßnahmen bewerten sollten, die von verschiedenen Institutionen zur Bekämpfung der Pandemie ergriffen wurden. Der Index »Vertrauen in die Institutionen« umfasst 6 Einzelfragen, in denen die Teilnehmer*innen der Umfrage anhand einer 10-Punkte-Skala von 0 »überhaupt kein Vertrauen« bis 10 »volles Vertrauen« gefragt wurden, inwieweit sie verschiedenen nationalen und internationalen Institutionen vertrauen. Alle Fragen aus den Streudiagrammen wurden anhand einer 10-Punkte-Skala beantwortet. Bei allen im Länderbericht erfassten Indizes zeigen niedrigere Punktzahlen ein geringes Maß und höhere Punktzahlen ein hohes Maß an Unterstützung/Zustimmung für die gemessenen Sachverhalte an (z. B. bedeutet eine niedrigere Punktzahl im Index zum Vertrauen in die Institutionen, dass die Befragten diesen nur wenig vertrauen). Für zahlreiche Befragtengruppen wurden die Durchschnittswerte jeweils in einem zweidimensionalen Streudiagramm dargestellt, das die verschiedenen Bevölkerungssegmente nach Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, Einkommensknappheit, politischer Orientierung und Parteineigung erfasst.

Zwischen den beiden Indizes besteht eindeutig ein linearer Zusammenhang: Je mehr Vertrauen die Befragten zu den Institutionen haben, desto größer ist ihre Zustimmung zu den Covid-Maßnahmen. Erwähnenswert ist, dass die Zustimmung zu den Covid-Maßnahmen in allen Wählergruppen recht gering ist. Bei den Wähler*innen von PiS und Koalicija Polska, bei den ideologisch rechts oder in der Mitte Stehenden und denjenigen, die 65 Jahre

Abbildung 10 – Unterstützung für Covid-Maßnahmen



oder älter sind, ist der Anteil derjenigen, die die Maßnahmen gegen die Pandemie befürworten, am höchsten. Bei ihnen ist auch das Vertrauen in die Institutionen am größten. Auf der anderen Seite haben die Konfederacija-Wählerschaft und die Befragten, die sich in einer besonders prekären wirtschaftlichen Situation befinden, und die ideologisch nicht Festgelegten sowie die jüngste befragte Altersgruppe sehr viel weniger Vertrauen in die Institutionen und unterstützen die Covid-Maßnahmen sehr viel weniger.

Bei der Frage, wer von den öffentlichen Ausgaben während der Pandemie profitiert hat, zeigt sich sehr deutlich, dass die Befragten des linken Flügels, die Wähler*innen von Nowa Lewica, Konfederacija und Polska 2050 und die Menschen mit höherem Bildungsniveau der Meinung

sind, dass die Einkommensstärksten am meisten von den staatlichen Ausgaben für die Wiederankurbelung der Wirtschaft profitiert haben. Bei der PiS-Wählerschaft, den 18- bis 24-Jährigen, den Befragten mit niedrigerem Bildungsniveau und den Befragten mit solidem Einkommen ist die Meinung, die öffentlichen Ausgaben seien den Wohlhabendsten zugute gekommen, weniger weit verbreitet. Dabei ist allerdings mitzubedenken, dass diese Frage auf der vertikalen Achse mit einer 10-Punkte-Skala zu beantworten war und alle Befragtengruppen in der Grafik über dem Mittelwert der Skala liegen, was darauf hindeutet, dass die Öffentlichkeit mit der Handhabung der öffentlichen Ausgaben während der Pandemie eher unzufrieden ist. Allgemein herrscht die Meinung vor, dass die Pandemie die bestehenden Ungleichheiten in der Gesellschaft verstärkt hat.

Abbildung 11 – Nutznießer öffentlicher Ausgaben



In der Frage, ob Maßnahmen gegen die Pandemie gegen rechtsstaatliche und demokratische Grundsätze verstoßen, zeigt sich deutlich, dass die große Mehrheit der polnischen Befragten dieser Aussage zustimmt; dies lässt sich daran ablesen, dass alle Befragtengruppen mit Ausnahme der PiS-Wählerschaft auf dieser Bewertungsskala über dem Durchschnitt liegen. Es zeigt sich deutlich, dass linke

Befragte ebenso wie die Wählerschaft von Nowa Lewica und KO am stärksten der Meinung sind, dass die Pandemiebekämpfungsmaßnahmen gegen demokratische Regeln verstoßen haben. Erwähnenswert ist, dass die große Mehrheit der polnischen Bürger*innen auf der Bewertungsskala zwischen 6 und 7 liegen und der Aussage somit überwiegend zustimmen.

Abbildung 12 – Covid-Maßnahmen und Verfassungsprinzipien



Die meisten polnischen Befragten teilen die Ansicht, die Pandemie habe die Spaltung der Bevölkerung vertieft. Am größten ist die Zustimmung zu dieser Aussage bei der Wählerschaft von Konfederacja und Polska 2050 und den ideologisch links stehenden.

Abbildung 13 – Covid-19 und gesellschaftliche Spaltung

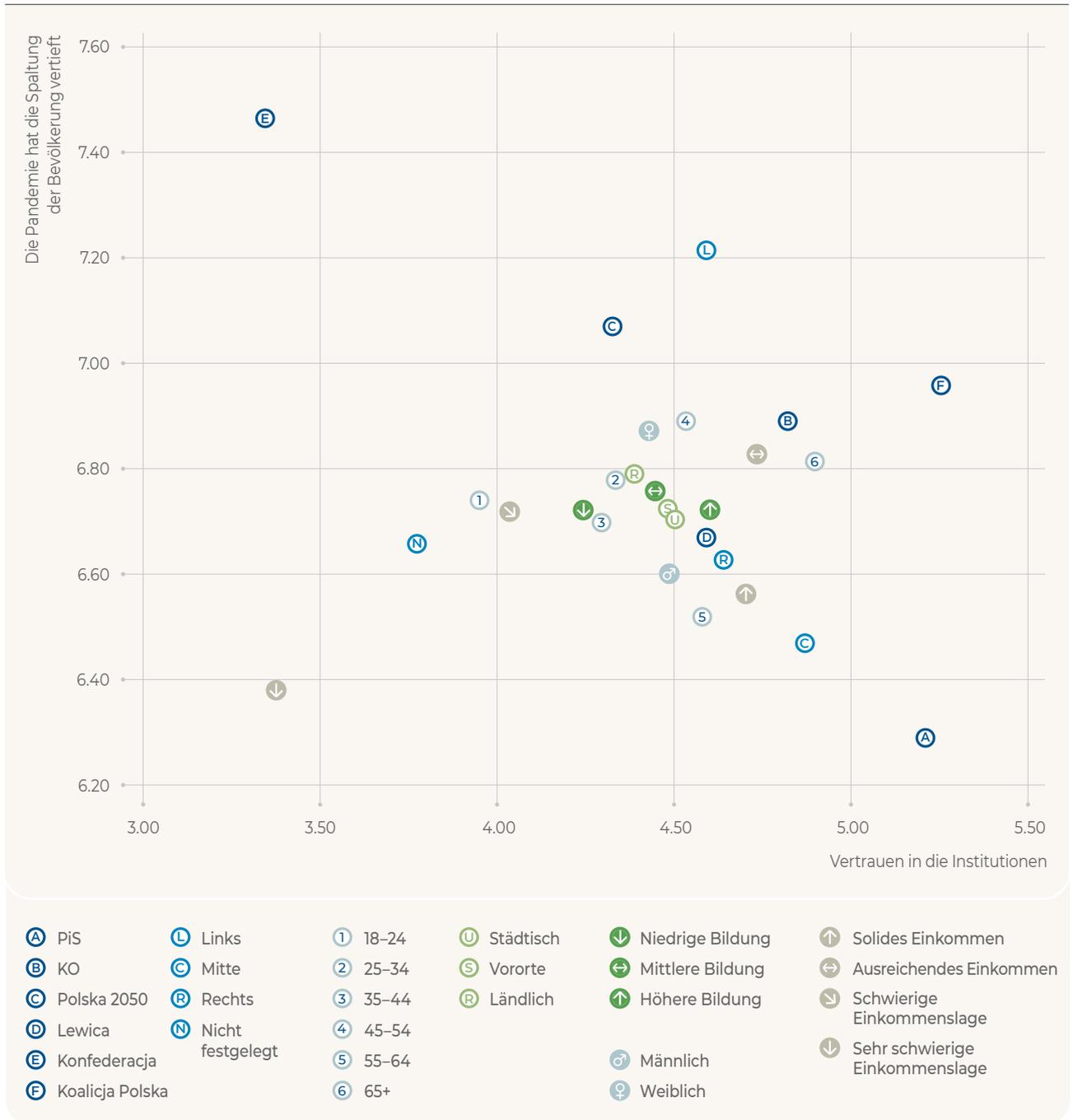
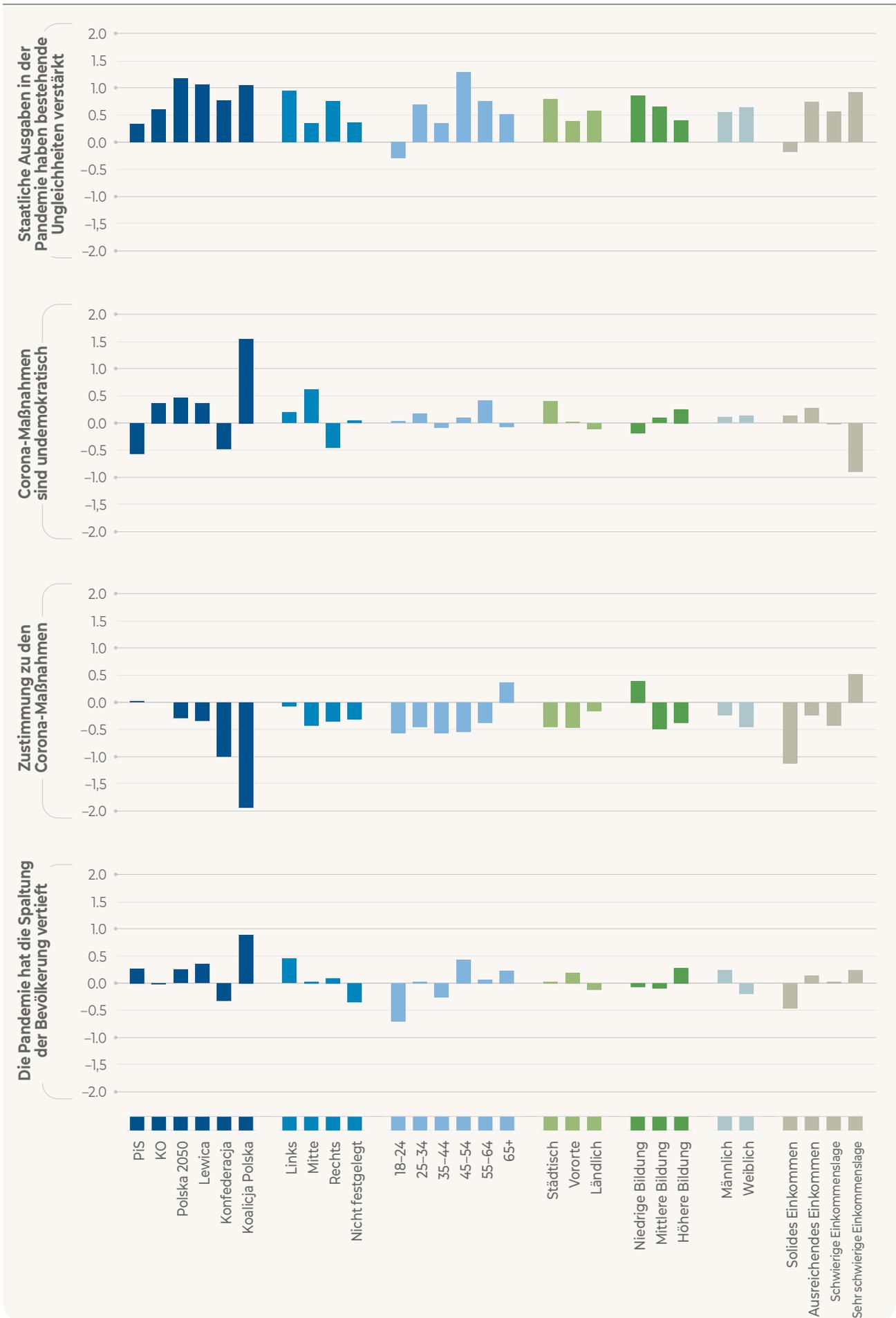


Abbildung 14



Anhand der unterschiedlichen Ergebnisse in den beiden Erhebungswellen lässt sich aufzeigen, wie die Index-Mittelwerte für jede soziodemografische Befragtengruppe sich im zeitlichen Verlauf verändert haben. Hier zeichnet sich eine klare Tendenz ab: Im Vergleich zu 2020 ist im Jahr 2021 in fast allen Befragtengruppen die Meinung, dass die Pandemie die Spaltung zwischen den Menschen vertieft habe, stärker vertreten. Wenig Veränderungen gab es bei der Zustimmung für die Covid-Maßnahmen: Es gab eine

wesentliche Zunahme der Zustimmung bei den Wähler*innen von Koalicija Polska und einen Rückgang bei den wirtschaftlich Schwachen. Auch die Zahl derjenigen, die die Pandemiebekämpfungsmaßnahmen für undemokratisch halten, ist in fast allen Wählergruppen zurückgegangen, während die Meinungen zum Effekt der während der Pandemie ausgegebenen Gelder weitgehend unverändert blieben. Insgesamt hat das Meinungsbild in Polen sich zwischen 2020 und 2021 nur sehr wenig verändert.

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 1

- Die Mehrheit der polnischen Befragten ist sich zwar bewusst, dass die Covid-19-Pandemie gravierende Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit hat. In Bezug auf die Regierungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie und die Impfkampagne ist die Gesellschaft jedoch relativ stark polarisiert.
- Während die große Mehrheit der Pol*innen besorgt ist, dass Corona im Fall einer Erkrankung ihre Gesundheit gefährden könnte, halten die meisten es für unwahrscheinlich, dass sie sich mit dem Virus anstecken werden. Die wenigsten Sorgen wegen des Virus machen sich die Wähler*innen von Konfederacija und Koalicija Polska.
- Weniger als ein Drittel der Pol*innen ist der Meinung, die Regierung habe die richtigen Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit ergriffen; eine überwältigende Mehrheit ist der Meinung, die Regierung habe unangemessene Maßnahmen getroffen, die Freiheitsrechte der Menschen eingeschränkt und nicht genug zur Sicherung der Wirtschaft unternommen. Parteien des gesamten politischen Spektrums missbilligen den Umgang der PiS mit der Pandemie; am kritischsten bewertet werden die Maßnahmen von den Wähler*innen von Nowa Lewica, KO und Konfederacija. Naheliegenderweise ist die Zustimmung zu den Pandemiebekämpfungsmaßnahmen bei der PiS-Wählerschaft am größten.
- Bei der Impfbereitschaft sind die Meinungen der Pol*innen fast gleichmäßig verteilt. Die nicht impfwilligen Befragten bilden eine Mehrheit. Am geringsten ist die Impfbereitschaft bei den Wähler*innen von Konfederacija and Koalicija und bei den ideologisch nicht Festgelegten.
- Mit Blick auf die Verschlechterung der Lebensqualität und der Arbeitsbedingungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie nimmt die Mehrheit der polnischen Bevölkerung negative Auswirkungen wahr, insbesondere was die Lebensqualität betrifft, während die Arbeitsbedingungen der meisten Pol*innen weitgehend unverändert blieben. Offenkundig ist allerdings, dass die Einkommensschwächsten sowie wie Wähler*innen von Konfederacija sich sowohl in ihrem Lebensstandard als auch ihren Arbeitsverhältnissen am stärksten von den negativen Folgen der Pandemie betroffen sehen.
- Die Mehrheit der Pol*innen ist der Meinung, dass es keine Impfpflicht geben sollte, denn sie vertritt die Ansicht, die Bürger*innen sollten selbst entscheiden dürfen, ob sie sich impfen lassen oder nicht. Bei den Wähler*innen von Konfederacija und Koalicija Polska, bei Frauen, jüngeren Befragten und den ideologisch nicht Festgelegten ist die Ablehnung einer Impfpflicht am stärksten ausgeprägt.
- Je mehr Vertrauen die Befragten zu den Institutionen haben, desto größer ist ihre Zustimmung zu den Covid-Maßnahmen. Vor allem bei den Wähler*innen der rechten Regierungspartei PiS und Koalicija Polska sowie bei den ideologisch rechts stehenden Befragten ist der Anteil derjenigen, die die Maßnahmen gegen die Pandemie befürworten, am höchsten. Bei ihnen ist auch das Vertrauen in die Institutionen am größten. Am kritischsten stehen die Wähler*innen von Konfederacija den Maßnahmen gegenüber; sie haben auch das geringste Vertrauen in die Institutionen.
- Die Meinung, dass die Maßnahmen gegen die Pandemie gegen rechtsstaatliche und demokratische Grundsätze verstoßen, ist in allen Wählergruppen und demografischen Gruppen in Polen weit verbreitet. Die einzige Befragtengruppe, die mehrheitlich nicht dieser Meinung ist, ist die PiS-Wählerschaft.
- Im Vergleich zu 2020 ist im Jahr 2021 bei fast allen Befragtengruppen die Meinung, dass die Pandemie die Spaltung zwischen den Menschen vertieft habe, stärker vertreten.



KAPITEL 2

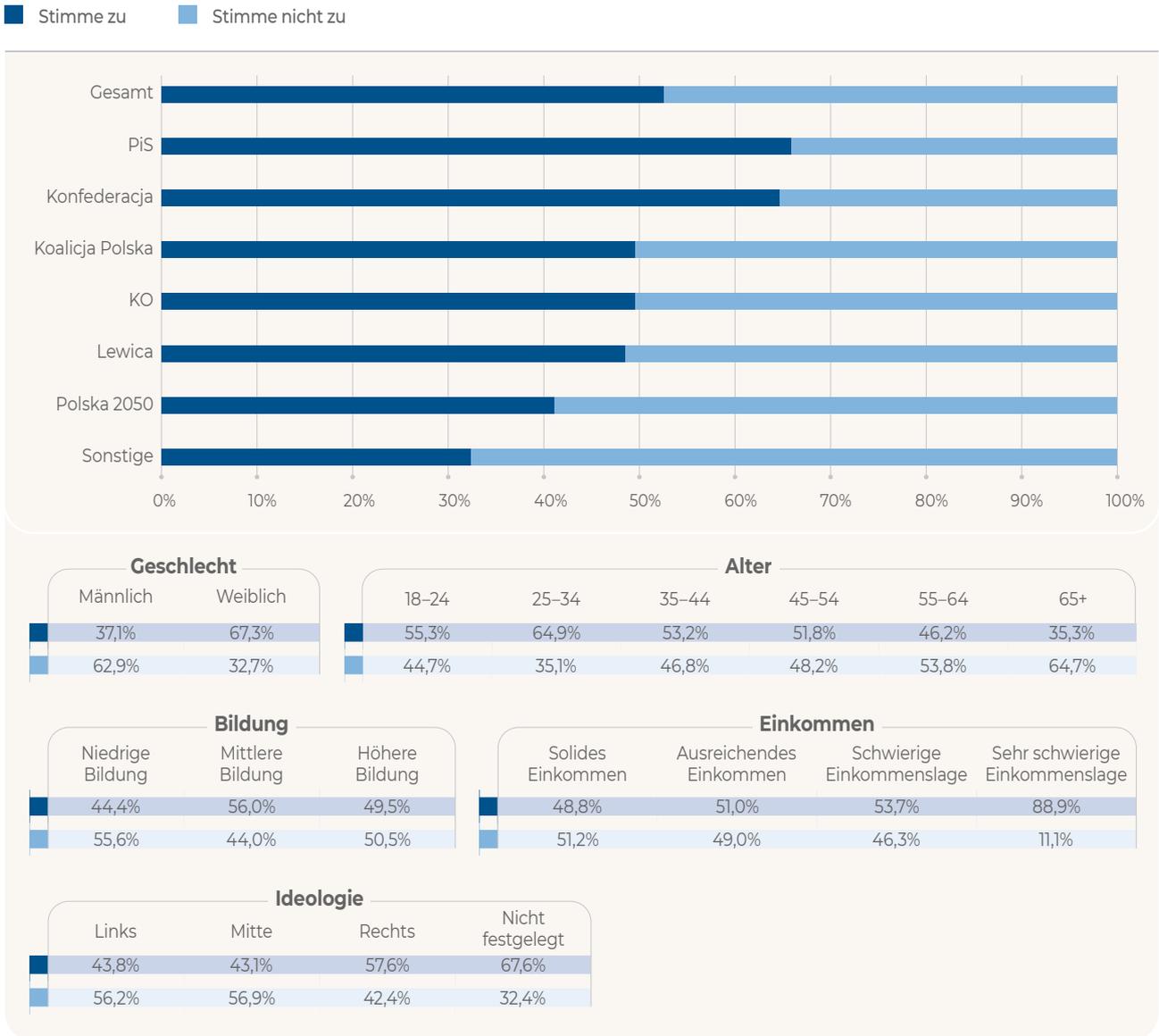
RECHTE NEIGEN STÄRKER ZU VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN



Was den Fragekomplex »Verschwörungsglauben« betrifft, so findet bei den Pol*innen die These »Das Virus ist eine absichtlich von China freigesetzte biologische Waffe« die größte Zustimmung – 53 Prozent der Befragten geben an, diese Aussage zu glauben. PiS-Wähler*innen stimmen ihr am ehesten zu, während die Wähler*innen

von Polska 2050 und kleinerer Parteien dies am wenigsten tun. Frauen, 25- bis 34-Jährige, Menschen mit mittlerem Bildungsniveau, Personen in besonders prekären finanziellen Verhältnissen sowie politisch rechts Stehende und ideologisch nicht Festgelegte glauben tendenziell eher an diese Verschwörungstheorie.

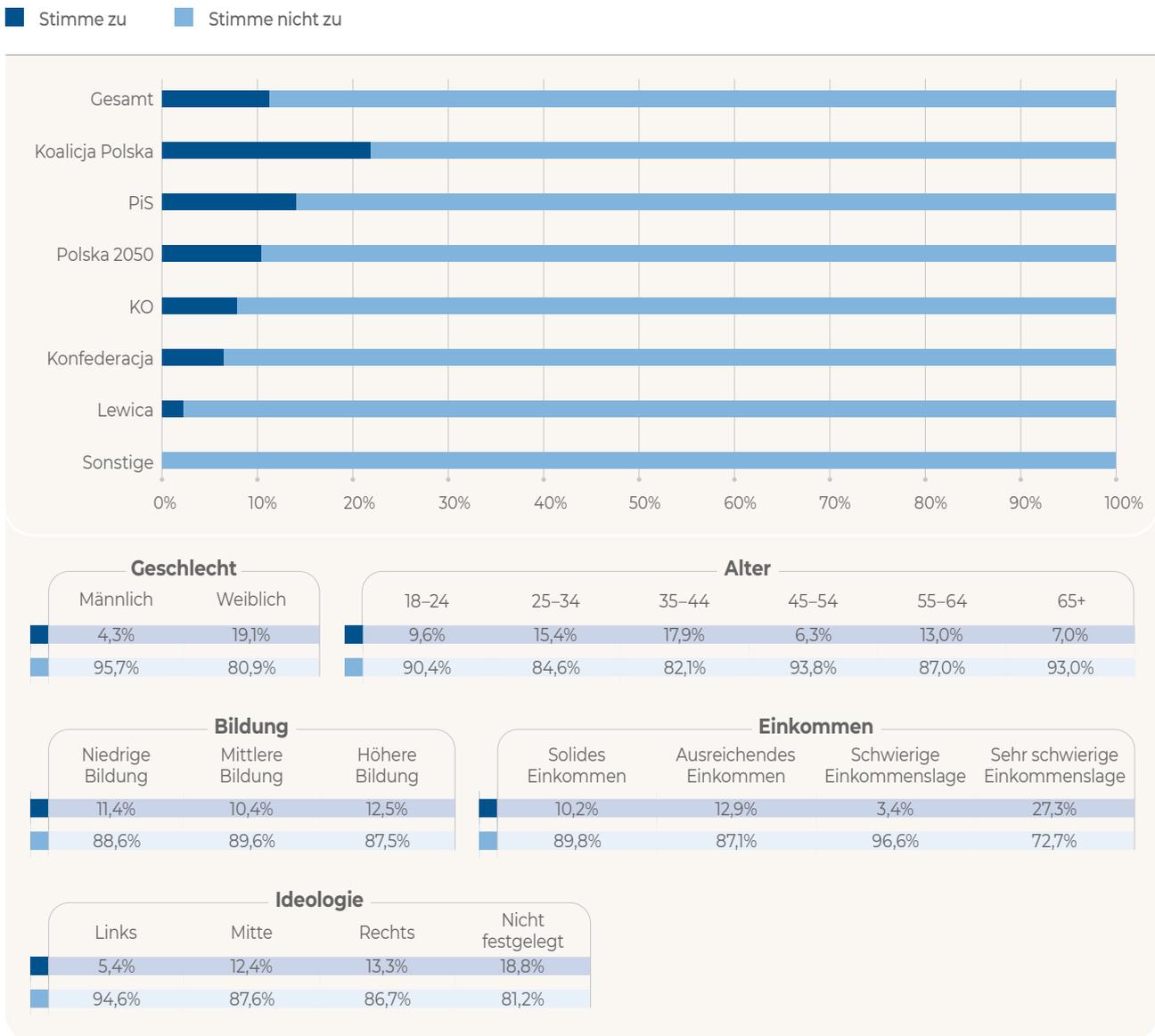
Abbildung 15 / Q57XB – »Das Virus ist eine absichtlich von China freigesetzte biologische Waffe«



Die Verschwörungsthese »Die 5G-Technologie sorgt für eine schnellere Ausbreitung des Coronavirus« trifft nur auf geringe Zustimmung. 11,5 Prozent der Befragten geben an, diese These zu glauben. Die Wähler*innen von Koalicja Polska und PiS stimmen ihr am ehesten zu, während die Wähler von Nowa Lewica und kleineren Parteien

dies am wenigsten tun. Im Vergleich zu anderen demografischen Gruppen ist die Bereitschaft, an diese Verschwörungstheorie zu glauben, am höchsten bei den 25- bis 44-Jährigen, bei denjenigen, die mit ihrem Einkommen am wenigsten über die Runden kommen, sowie bei den ideologisch nicht Festgelegten.

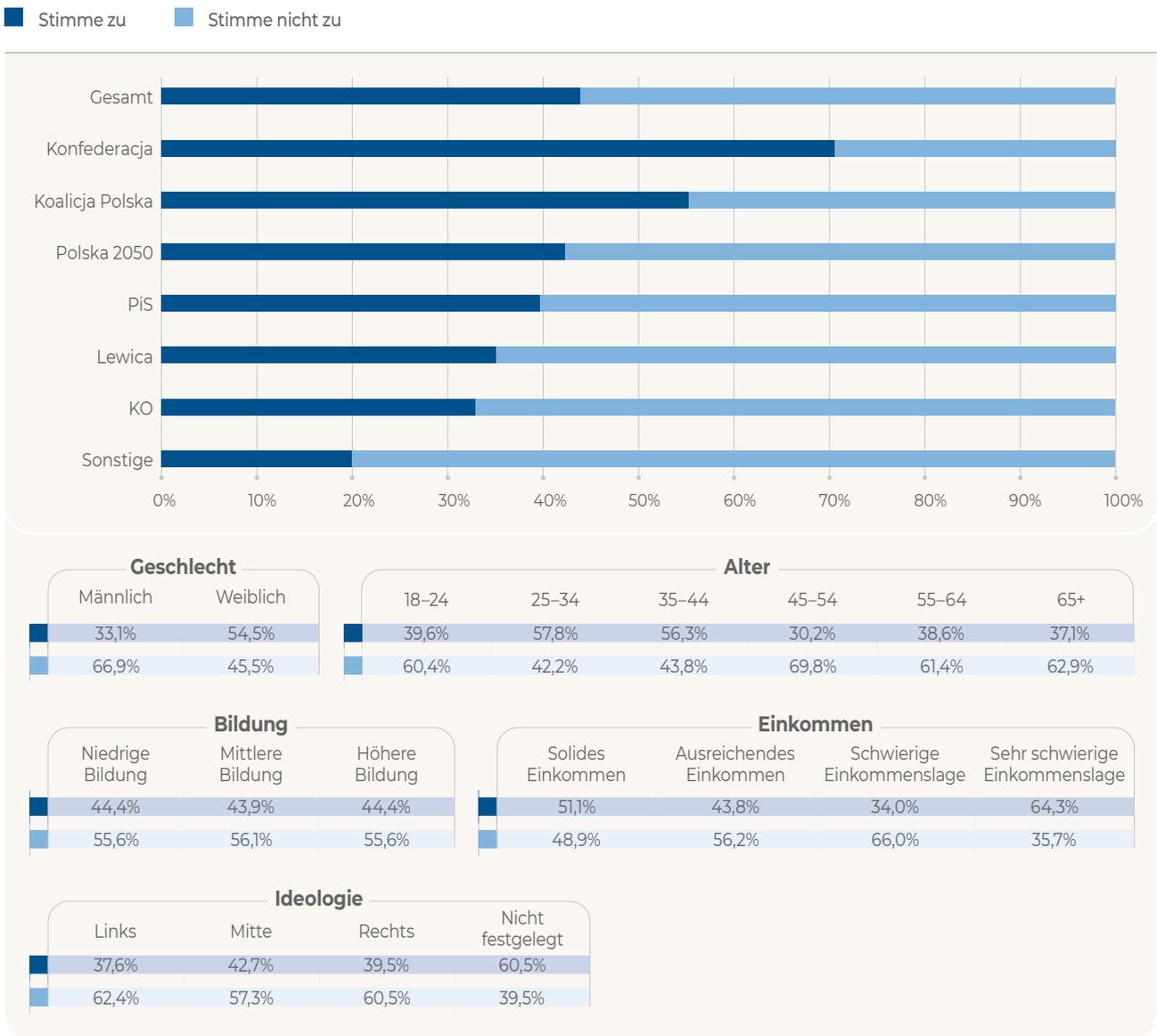
Abbildung 16 / Q57XB – »Die 5G-Technologie sorgt für eine schnellere Ausbreitung des Coronavirus«



Was den Fragekomplex »Verschwörungsglauben« betrifft, so findet die Verschwörungstheorie »Das Virus wurde von multinationalen Pharmakonzernen verbreitet, die jetzt mit dem Verkauf des Impfstoffs gigantische Gewinne machen wollen« mit 44 Prozent der von ihr überzeugten Befragten eine relativ hohe Zustimmung. Konfederacija-Wähler*innen stimmen ihr mehrheitlich zu (71 Prozent), während die

Wähler*innen von KO und Nowa Lewica dies am wenigsten tun. Frauen, jüngere Befragte, (25 bis 44 Jahre), einkommensschwache Personen und ideologisch nicht Festgelegte sind am ehesten bereit zu glauben, multinationale Pharmaunternehmen hätten das Virus zu ihrem ökonomischen Vorteil in Umlauf gebracht.

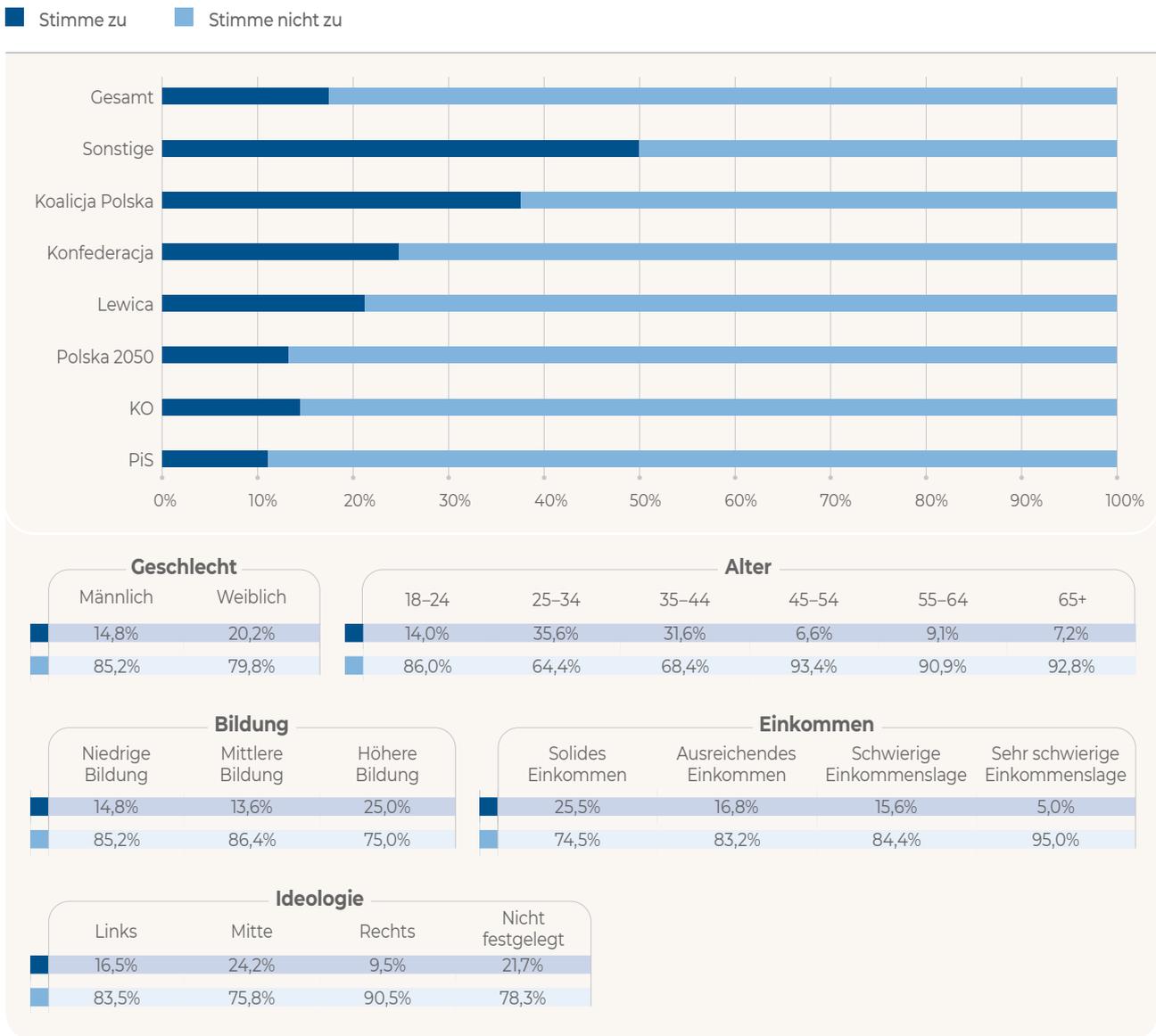
Abbildung 17/Q57XB – »Das Virus wurde von multinationalen Pharmakonzernen verbreitet, die jetzt mit dem Verkauf des Impfstoffs gigantische Gewinne machen wollen«



Am wenigsten trifft die Behauptung »Das Coronavirus ist eine Falschmeldung« auf Zustimmung – nur 17,6 Prozent der Befragten bezweifeln, dass das Virus eine echte Bedrohung darstellt; dieser Prozentsatz ist allerdings höher als in allen anderen Ländern, die im Rahmen dieses Projekts untersucht wurden. Die Wählerschaft von Koalicja Polska und kleineren Parteien stimmt der Behauptung am ehesten zu, während bei den Wählern von PiS

und KO die Meinung, das Coronavirus sei eine Falschmeldung, am wenigsten verbreitet ist. Im Vergleich zu anderen demografischen Gruppen ist die Bereitschaft, an diese Verschwörungstheorie zu glauben, am höchsten bei Befragten zwischen 25 und 44 Jahren, bei Menschen mit höherem Bildungsniveau, bei wirtschaftlich Bessergestellten und ideologisch in der Mitte stehenden Befragten.

Abbildung 18 / Q57XB – »Das Coronavirus ist eine Falschmeldung«



DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 2

- Angesichts der zunehmenden Verbreitung von Verschwörungstheorien über die Corona-Pandemie erstaunt es nicht, dass ein unerwartet hoher Anteil der polnischen Bürger*innen einige von ihnen für wahr hält.
- Die Wählerschaft von Konfederacja und PiS bekennt sich – ebenso wie Befragte mit schwieriger Einkommenslage und ideologisch nicht Festgelegte – deutlich häufiger zu Verschwörungsthesen als andere Wählergruppen.
- Die Verschwörungstheorie, das Virus sei absichtlich von China in Umlauf gebracht und von Pharmakonzernen verbreitet worden, findet in der polnischen Öffentlichkeit die größte Unterstützung: 53 bzw. 44 Prozent der Befragten glauben daran.
- Eine erhebliche Zahl der Befragten stimmt auch den beiden anderen Verschwörungsthesen zu, obwohl dies angesichts der Abwegigkeit dieser Behauptungen nicht zu erwarten war. 12 Prozent der Befragten sind davon überzeugt, die 5G-Technologie trage dazu bei, dass das Virus sich schneller ausbreitet, und 18 Prozent gehen davon aus, es handle sich bei der Verbreitung des Coronavirus um eine Falschmeldung.
- Entgegen der landläufigen Meinung legen die Daten den Schluss nahe, dass der Glaube an Verschwörungsthesen in Polen weit verbreitet ist. Offenbar ist in Krisenzeiten die öffentliche Meinung empfänglicher für suggestive Botschaften, die von Populisten und Organisationen mit möglicherweise antidemokratischen Bestrebungen verbreitet werden.

KAPITEL 3

DIE WÄHLERSCHAFT DER
NOWA LEWICA UND KLEINERER
PARTEIEN BEKLAGT EINE
VERSCHLECHTERUNG DER
WIRTSCHAFTSLAGE



Wirtschaftliche Situation 2021 im Vergleich zu 2020

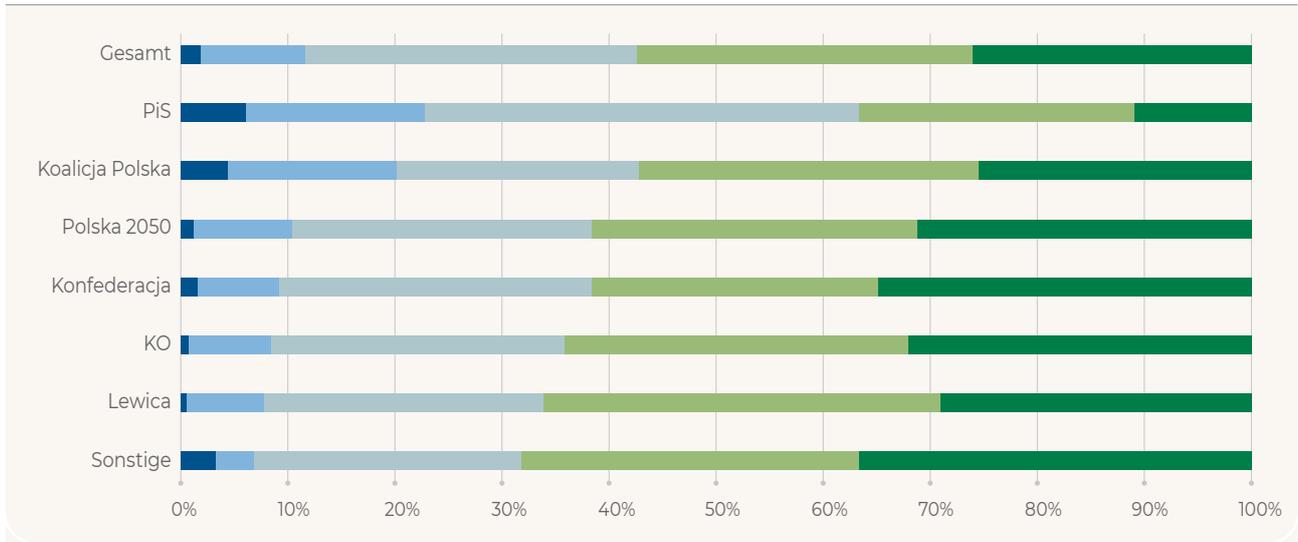
Eine Mehrheit der polnischen Befragten (57,2 Prozent) gibt an, dass ihre wirtschaftliche Lage sich während der Pandemie im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert hat. Nachvollziehbarerweise meinen nur 11,6 Prozent, ihre Situation habe sich verbessert, während bei etwa 31,2 Prozent der Befragten die wirtschaftliche Situation unverändert blieb. PiS-Wähler*innen ha-

ben sich nach eigenen Angaben am häufigsten verbessert; bei der Wählerschaft von Nowa Lewica und kleineren Parteien ist das Gegenteil der Fall. Der Anteil der Befragten, deren wirtschaftliche Situation sich verschlechtert hat, ist in fast allen demografischen Gruppen ähnlich hoch; dies ist jedoch weniger ausgeprägt bei jüngeren Befragten, einkommensstärkeren Personen und politisch rechts stehenden Befragten.

Abbildung 19 / Q27 – Die ökonomische Situation 2021 im Vergleich zu 2020

Hat sich Ihre eigene wirtschaftliche Situation im Vergleich zu Ende 2020 ...

sehr verbessert etwas verbessert nicht verändert etwas verschlechtert massiv verschlechtert



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
sehr verbessert	4,0%	1,2%
etwas verbessert	11,7%	13,4%
nicht verändert	34,4%	30,3%
etwas verschlechtert	27,6%	29,9%
massiv verschlechtert	22,3%	25,2%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
sehr verbessert	2,5%	4,5%	5,0%	0,6%	1,2%	1,8%
etwas verbessert	21,2%	11,4%	7,5%	13,5%	14,4%	9,8%
nicht verändert	28,8%	36,3%	34,2%	31,2%	26,3%	34,8%
etwas verschlechtert	24,6%	27,4%	30,4%	25,3%	33,5%	30,5%
massiv verschlechtert	22,9%	20,4%	23,0%	29,4%	24,6%	23,2%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
sehr verbessert	-	3,3%	1,8%
etwas verbessert	13,6%	12,0%	13,2%
nicht verändert	32,8%	32,2%	32,7%
etwas verschlechtert	26,4%	29,7%	28,1%
massiv verschlechtert	27,2%	22,8%	24,2%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
sehr verbessert	6,9%	1,8%	0,9%	3,4%
etwas verbessert	18,8%	14,9%	6,8%	3,4%
nicht verändert	43,6%	33,9%	27,4%	18,6%
etwas verschlechtert	17,8%	32,5%	27,9%	16,9%
massiv verschlechtert	12,9%	16,9%	37,0%	57,6%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
sehr verbessert	1,7%	2,4%	5,1%	0,8%
etwas verbessert	9,6%	12,3%	17,1%	11,0%
nicht verändert	25,8%	37,0%	34,9%	31,4%
etwas verschlechtert	32,8%	26,1%	27,6%	28,4%
massiv verschlechtert	30,1%	22,3%	15,3%	28,4%

Wirtschaftliche Zukunftserwartungen

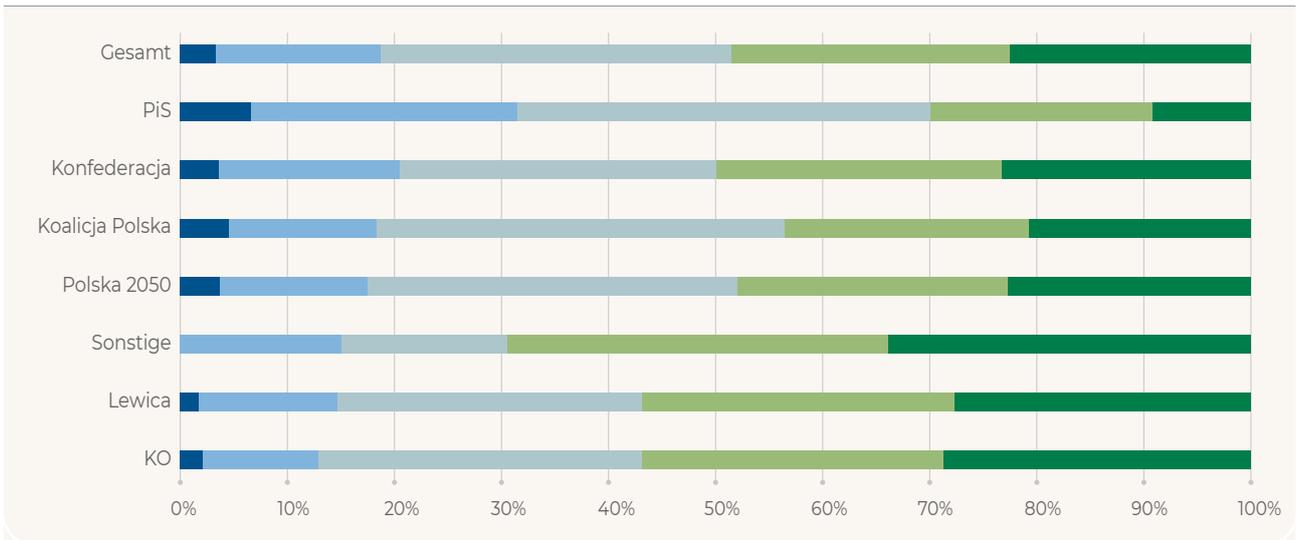
Was die Wirtschaftserwartungen für die nächsten 12 Monate betrifft, gehen 32,9 Prozent der Befragten davon aus, dass ihre wirtschaftliche Situation sich nicht ändern wird. Allerdings sind mehr Befragte pessimistisch (48,4 Prozent) als

optimistisch (18,7 Prozent). Die PiS-Wählerschaft hat die positivsten, die KO-Wählerschaft die negativsten Erwartungen an das kommende Jahr. Letzteres trifft auch auf ältere Befragte, auf Menschen mit prekären Einkommensverhältnissen sowie auf die Befragten des linken Spektrums zu.

Abbildung 20 / Q28 – Wirtschaftliche Zukunftserwartungen

Meinen Sie, dass sich Ihre eigene wirtschaftliche Situation in den nächsten 12 Monaten ...

■ sehr verbessert ■ etwas verbessert ■ gleich bleibt ■ verschlechtert ■ massiv verschlechtert



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
sehr verbessert	4,2%	1,9%
etwas verbessert	12,8%	15,2%
gleich bleibt	36,2%	29,2%
verschlechtert	23,0%	28,4%
massiv verschlechtert	23,8%	25,3%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
sehr verbessert	1,9%	3,6%	4,4%	3,1%	2,5%	1,9%
etwas verbessert	28,0%	15,8%	13,3%	12,6%	11,3%	8,2%
gleich bleibt	32,7%	38,3%	34,8%	27,7%	29,4%	30,8%
verschlechtert	15,9%	22,4%	26,6%	30,2%	30,6%	26,4%
massiv verschlechtert	21,5%	19,9%	20,9%	26,4%	26,3%	32,7%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
sehr verbessert	0,9%	3,3%	2,9%
etwas verbessert	17,4%	13,9%	13,0%
gleich bleibt	32,1%	33,9%	30,4%
verschlechtert	26,6%	25,5%	25,7%
massiv verschlechtert	22,9%	23,4%	27,9%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
sehr verbessert	7,2%	2,0%	1,5%	5,5%
etwas verbessert	19,6%	15,4%	8,3%	5,5%
gleich bleibt	46,4%	33,9%	27,9%	18,2%
verschlechtert	15,5%	29,3%	23,5%	25,5%
massiv verschlechtert	11,3%	19,4%	38,7%	45,5%

Ideologie

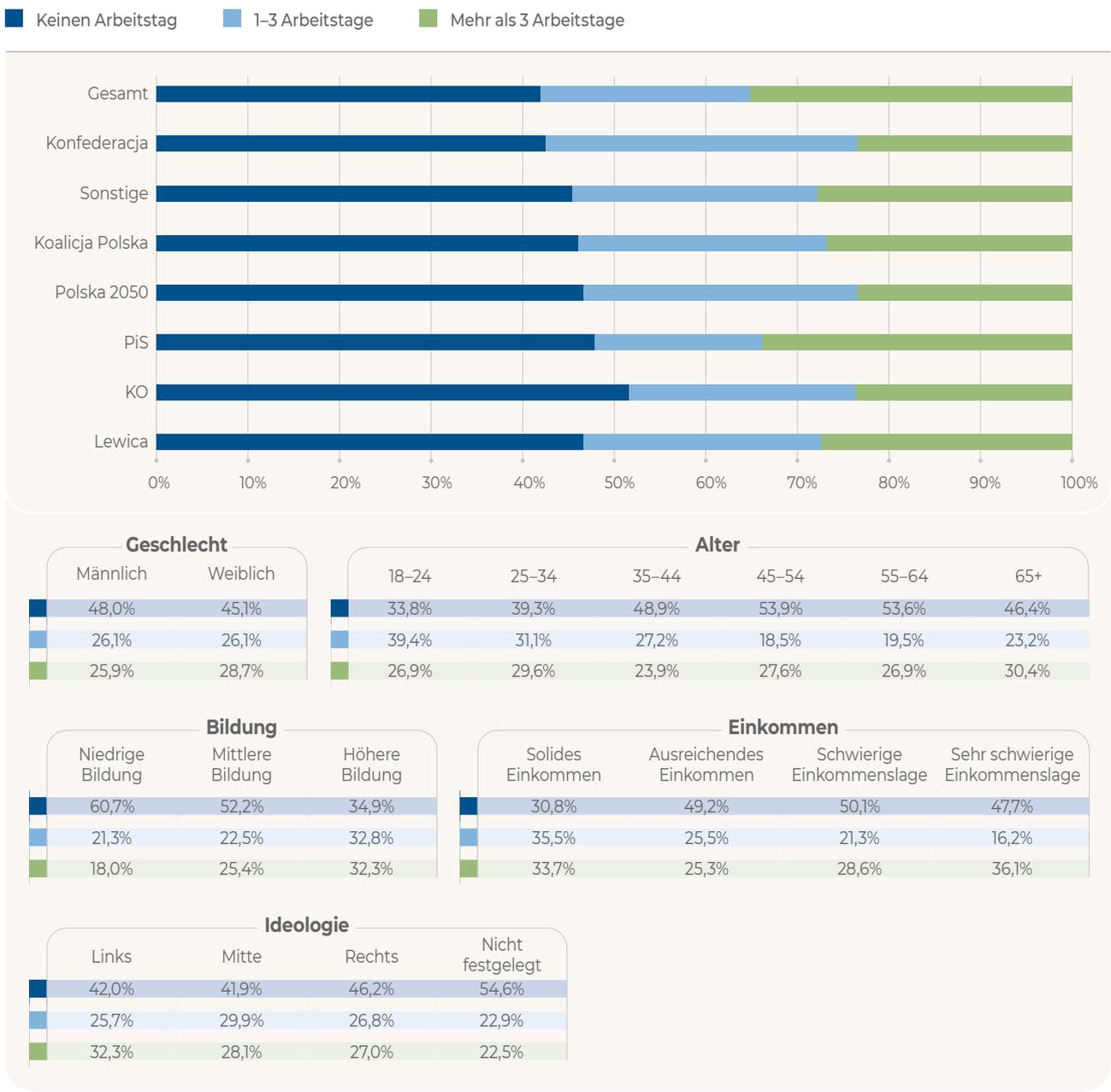
	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
sehr verbessert	2,3%	2,9%	4,5%	2,4%
etwas verbessert	10,5%	11,0%	18,2%	15,7%
gleich bleibt	29,1%	34,8%	36,4%	29,4%
verschlechtert	27,7%	27,1%	25,0%	23,8%
massiv verschlechtert	30,5%	24,3%	15,9%	28,6%

Arbeiten von zu Hause aus

Die Mehrheit aller Wählergruppen mit Ausnahme der Konfederacja-Wählerschaft hat zum Zeitpunkt der Datenerhebung – November 2020/2021 – in der Vorwoche nicht von zu Hause aus gearbeitet. Wähler*innen von Nowa Lewica arbeiteten am häufigsten von zu Hause aus, während

die Wählerschaft von Konfederacja, Koalicja Polska und kleineren Parteien am wenigsten Zeit im Homeoffice verbrachte. Jüngere Befragte (18 bis 34 Jahre), Personen mit hohem Einkommen und hohem Bildungsniveau arbeiteten häufiger von zu Hause aus als andere Gruppen.

Abbildung 21 / Q9 – »Wie häufig haben Sie in der letzten Woche von zu Hause aus gearbeitet?«



Einkommenssituation

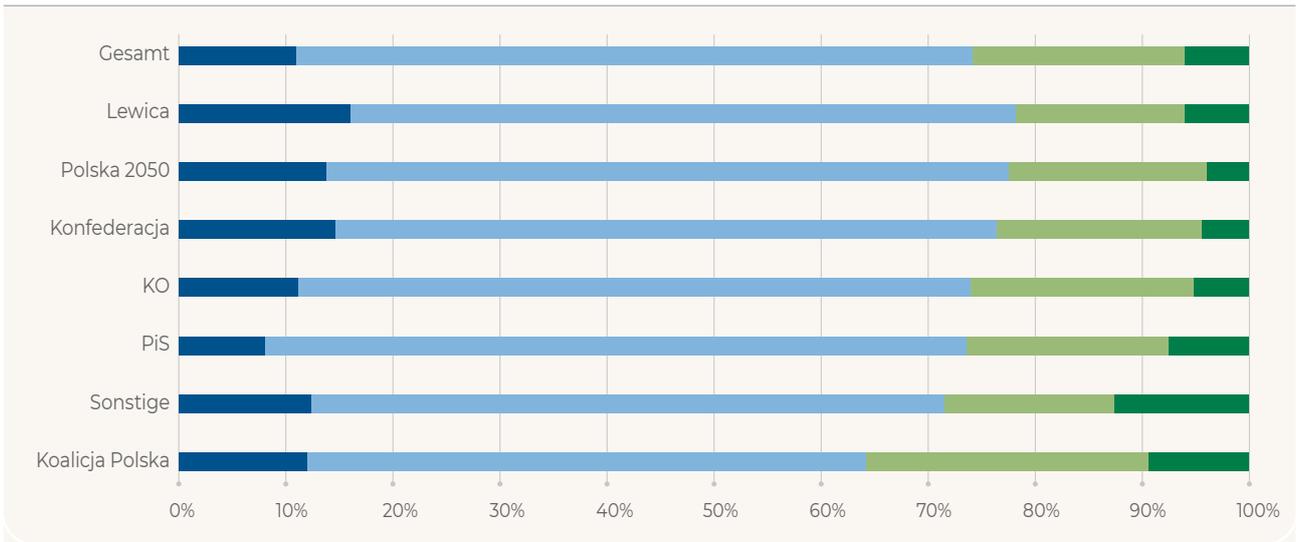
Die Mehrheit der polnischen Bürger*innen (74,3 Prozent) lebt nach eigenen Angaben zufriedenstellend bzw. kommt mit ihrem Einkommen gut aus. Die Wählergruppen, die die größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben, sind die Wähler*innen von Koalicja Polska und kleineren Par-

teien, während die Wählerschaft von Nowa Lewica und Polska 2050 größtenteils angibt, dass es ihr wirtschaftlich gut geht. Am stärksten von wirtschaftlichen Schwierigkeiten betroffen sind Frauen, ältere Befragte und Menschen mit geringem Bildungsniveau.

Abbildung 22 / Q12 – Einkommensverhältnisse

Welche dieser Einschätzungen trifft am ehesten auf Ihr momentanes Haushaltseinkommen zu?

■ Solides Einkommen ■ Ausreichendes Einkommen ■ Schwierige Einkommenslage ■ Sehr schwierige Einkommenslage



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
Solides Einkommen	11,4%	10,7%
Ausreichendes Einkommen	65,6%	61,0%
Schwierige Einkommenslage	17,9%	21,8%
Sehr schwierige Einkommenslage	5,1%	6,4%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
Solides Einkommen	30,2%	17,8%	13,2%	4,1%	2,8%	3,0%
Ausreichendes Einkommen	51,4%	61,7%	62,4%	67,5%	66,5%	66,2%
Schwierige Einkommenslage	15,0%	15,9%	20,9%	24,3%	20,6%	22,5%
Sehr schwierige Einkommenslage	3,4%	4,6%	3,5%	4,1%	10,2%	8,2%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
Solides Einkommen	11,1%	8,8%	15,7%
Ausreichendes Einkommen	50,9%	64,9%	65,2%
Schwierige Einkommenslage	24,5%	20,6%	16,5%
Sehr schwierige Einkommenslage	13,4%	5,7%	2,5%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
Solides Einkommen	13,7%	11,2%	9,9%	9,7%
Ausreichendes Einkommen	63,0%	65,9%	63,9%	60,6%
Schwierige Einkommenslage	18,3%	19,9%	19,4%	22,2%
Sehr schwierige Einkommenslage	5,0%	2,9%	6,9%	7,6%

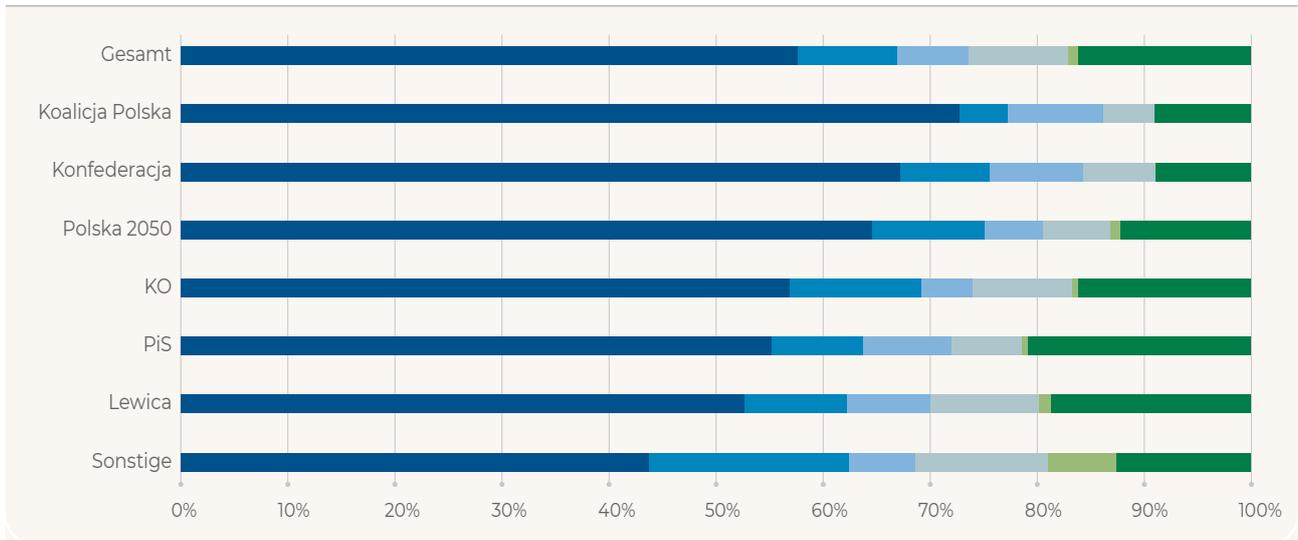
Wohneigentum

Was das Wohneigentum anbelangt, ist in Polen der Anteil der Wohneigentümer höher als in allen anderen in die Studie untersuchten Ländern – er beträgt 57,9 Prozent. Wähler*innen von Koalicja Polska und Konfederacja besitzen sehr viel häufiger abbezahltes Wohneigentum als andere Wählergruppen. Am geringsten ist der Anteil der Wohneigentümer in der Wählerschaft von Nowa Lewica, PiS und kleineren Parteien. Zwischen Männern und Frauen besteht beim Wohneigentum kein wesentlicher Unterschied. Überraschend ist al-

lerdings, dass der Anteil der Wohneigentümer bei den 18- bis 34-Jährigen erheblich höher ist als bei älteren Befragten. Das Bildungsniveau korreliert nicht eindeutig mit dem Wohneigentum, während das Einkommen ein aussagekräftiger Prädiktor ist: Je höher das Einkommen einer Person ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie Wohneigentum hat. Die ideologische Ausrichtung macht keinen wesentlichen Unterschied, wenn man davon absieht, dass bei den politisch in der Mitte stehenden Befragten der Anteil der Wohneigentumbesitzer höher ist als in anderen Wählergruppen.

Abbildung 23 / Q12B – Wohneigentum

- Besitz eines Eigenheims
- Wohnungsbaugesellschaft als Vermieter
- Wohnungsgenossenschaft als Vermieter
- Besitz eines nicht abbezahlten Eigenheims
- Privater Vermieter
- Andere Wohnformen



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
■	57,1%	58,5%
■	10,3%	7,8%
■	6,5%	7,4%
■	7,7%	10,9%
■	0,6%	0,8%
■	17,8%	14,7%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
■	64,0%	64,4%	55,6%	60,1%	53,3%	50,3%
■	3,2%	8,8%	13,6%	16,2%	5,4%	4,8%
■	10,4%	2,9%	8,6%	7,5%	6,6%	7,8%
■	12,8%	15,1%	10,5%	4,6%	6,6%	6,0%
■	2,4%	0,5%	1,9%	-	-	-
■	7,2%	8,3%	9,9%	11,6%	28,1%	31,1%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
■	54,1%	58,8%	57,6%
■	6,7%	8,7%	10,2%
■	11,1%	7,5%	3,9%
■	11,9%	11,1%	4,9%
■	0,7%	0,3%	1,4%
■	15,6%	13,4%	21,9%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
■	73,7%	59,7%	50,2%	33,3%
■	7,1%	9,4%	9,9%	6,7%
■	1,0%	5,7%	11,7%	16,7%
■	12,1%	7,6%	9,9%	20,0%
■	2,0%	0,2%	1,3%	1,7%
■	4,0%	17,5%	17,0%	21,7%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
■	52,8%	67,9%	56,8%	55,0%
■	7,9%	8,7%	8,3%	10,8%
■	5,2%	6,9%	7,6%	7,9%
■	10,0%	5,0%	9,0%	12,6%
■	0,4%	0,5%	1,1%	0,7%
■	23,6%	11,0%	17,3%	12,9%

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 3

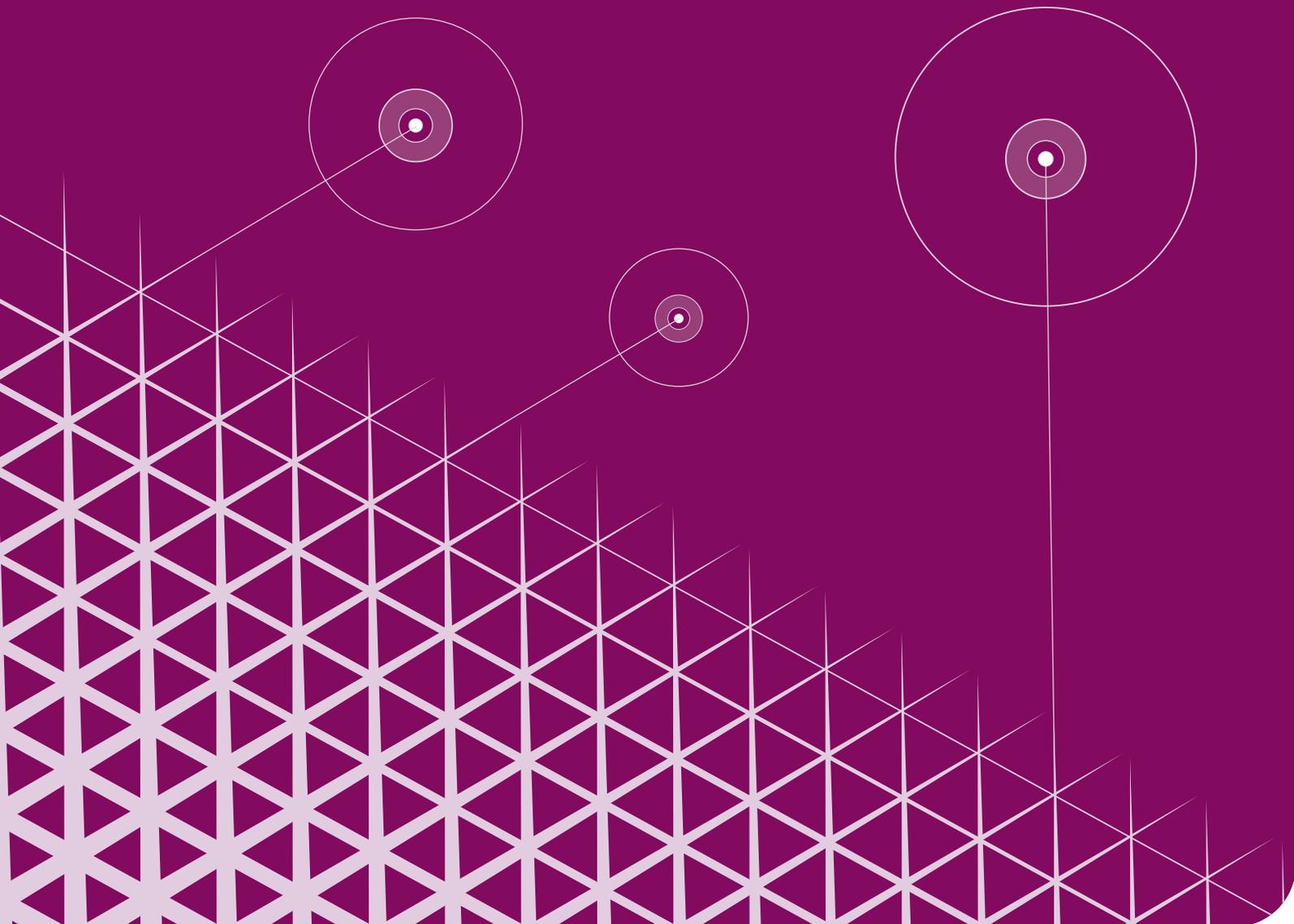
- Die überwiegende Mehrheit der Pol*innen gibt an, dass ihre wirtschaftliche Lage zwischen 2020 und 2021 unverändert blieb oder besser geworden ist. Am höchsten ist der Anteil derjenigen, deren wirtschaftliche Lage sich nach eigener Wahrnehmung verschlechtert hat, bei den Wähler*innen von Nowa Lewica und kleineren Parteien und bei den ideologisch links stehenden Befragten.
- Die meisten Pol*innen beurteilen die Konjunkturaussichten für das kommende Jahr (2022) negativ. Die positivsten Erwartungen haben die PiS- Wählerschaft und Menschen mit solidem Einkommen, während die Wählerschaft von KO und Nowa Lewica sowie die Menschen in schwieriger wirtschaftlicher Lage die negativsten Erwartungen haben.
- In Bezug auf das Einkommen geben mehr als 70 Prozent der Pol*innen an, dass sie mit ihrem derzeitigen Einkommen gut oder zumindest ausreichend leben können. Die Wähler*innen von Nowa Lewica und Polska 2050 sind die wirtschaftlich am besten gestellten Wählergruppen, ebenso wie jüngere Befragte und Menschen mit höherem Bildungsniveau. In der Wählerschaft von Koalicija Polska und kleineren Parteien ist der Anteil der Menschen mit Einkommensproblemen am höchsten.
- Wähler*innen der weit rechts stehenden Parteien Konfederacija and Koalicija polska besitzen im Vergleich zu anderen Wählergruppen sehr viel häufiger abbezahltes Wohneigentum.
- Das Einkommen ist ebenfalls ein Prädiktor für Wohneigentum: Je höher das Einkommen einer Person ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie Wohneigentum hat.





KAPITEL 4

WISSENSCHAFTSSKEPSIS IST ERSCHRECKEND WEIT VERBREITET



EU-Mitgliedschaft

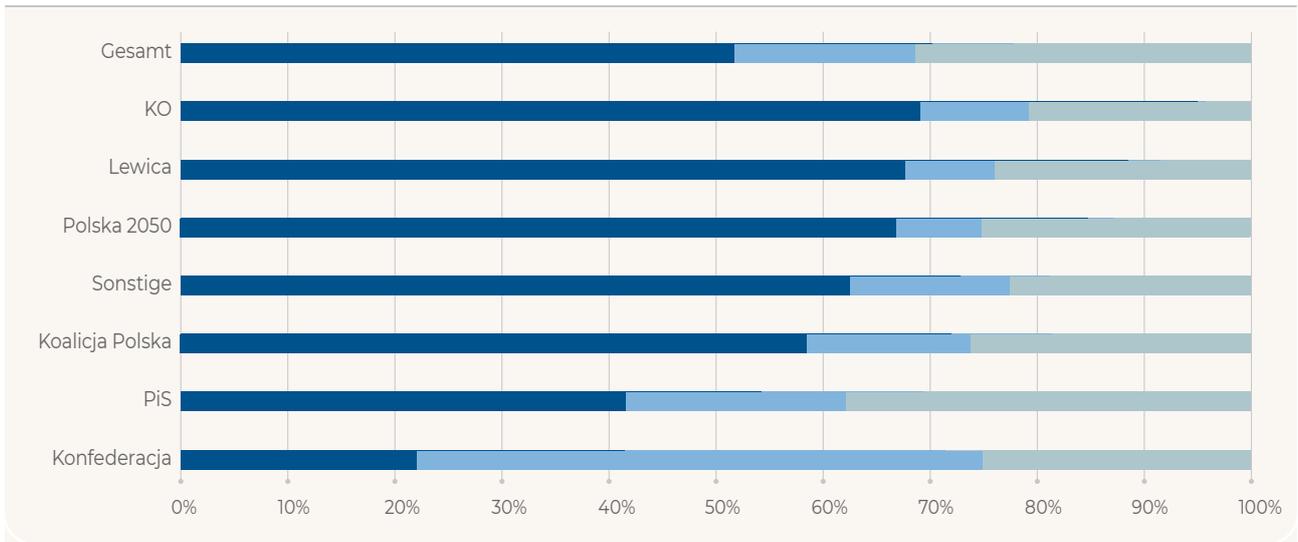
Die polnischen Befragten gehören im Vergleich der sechs in dieser Studie untersuchten Ländern zu denjenigen, die die EU am optimistischsten sehen. Eine große Mehrheit der polnischen Befragten (70,4) sieht die EU-Mitgliedschaft ihres Landes positiv, während nur 7,4 Prozent die EU-Mitgliedschaft negativ bewerten. Die Ergebnisse unterscheiden sich je nach Wahlverhalten, wobei die Wähler*innen von KO, Nowa Lewica und Polska 2050 die EU-Mitglied-

schaft Polens am positivsten bewerten, während bei der Konfederacja-Wählerschaft und den Anhängern kleinerer Parteien der Anteil derjenigen, die Polens EU-Mitgliedschaft kritisch sehen, am größten ist. Unter demografischen Gesichtspunkten gibt es nur sehr geringe Unterschiede zwischen den Befragtengruppen. Tendenziell jedoch stehen die Befragten mit schwieriger Einkommenslage und die Befragten aus dem rechten Spektrum der EU-Mitgliedschaft ihres Landes am kritischsten gegenüber.

Abbildung 24 / Q20 – EU-Mitgliedschaft

Wie sehen Sie die grundsätzlich die EU-Mitgliedschaft Ihres Landes?

■ Positiv ■ Negativ ■ Weder gut noch schlecht



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
Positiv	74,0%	67,0%
Negativ	7,9%	6,9%
Weder gut noch schlecht	18,2%	26,1%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
Positiv	63,4%	64,4%	70,7%	69,6%	71,6%	81,7%
Negativ	9,8%	9,3%	8,6%	5,3%	7,6%	4,0%
Weder gut noch schlecht	26,8%	26,3%	20,7%	25,1%	20,7%	14,3%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
Positiv	60,5%	69,2%	77,4%
Negativ	8,1%	7,3%	7,0%
Weder gut noch schlecht	31,4%	23,4%	15,6%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
Positiv	76,9%	71,7%	66,8%	61,4%
Negativ	7,1%	6,4%	7,9%	12,9%
Weder gut noch schlecht	16,0%	21,9%	25,3%	25,7%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
Positiv	89,1%	78,8%	59,6%	57,0%
Negativ	2,0%	4,9%	14,1%	7,6%
Weder gut noch schlecht	8,9%	16,3%	26,3%	35,4%

Regulierung der Wirtschaft durch den Staat

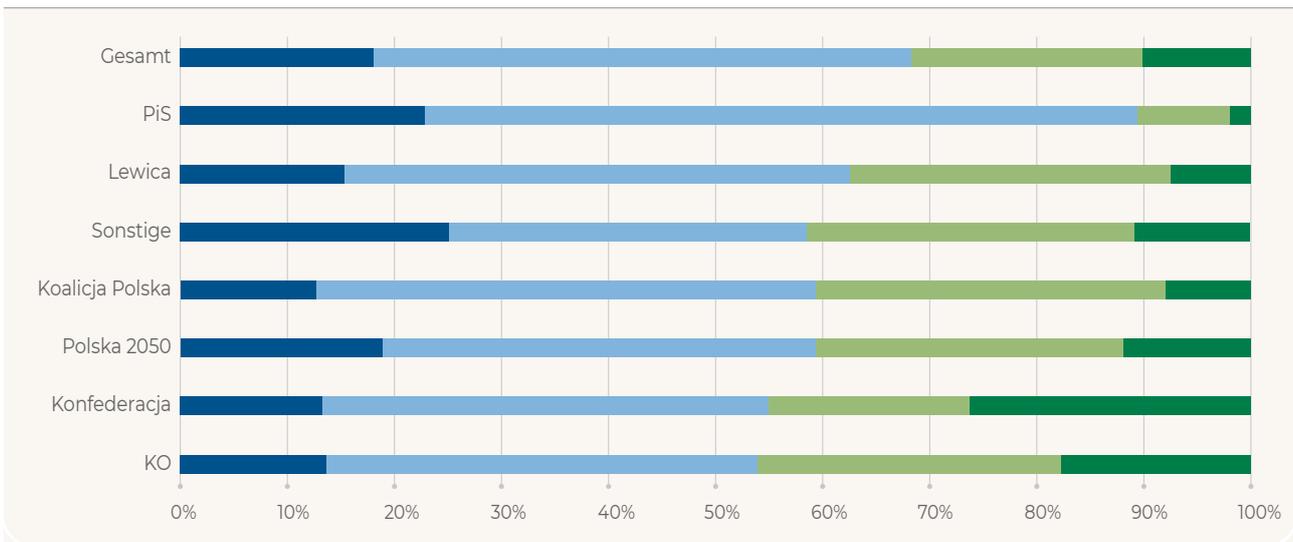
Was für die (gemäßigte) Linke eine gute Nachricht sein dürfte, ist die Tatsache, dass eine klare Mehrheit von 68,4 Prozent der polnischen Befragten eine stärkere Regulierung der Wirtschaft durch den Staat befürwortet. Überraschenderweise ist die Zustimmung zu dieser Aussage bei der PiS-Wählerschaft am größten, gefolgt von den Wähler*innen von Nowa Lewica; dass diese beiden Wählergruppen ähnliche Positionen vertreten, kommt selten vor. Sogar eine

knappe Mehrheit der Konfederacja- und KO-Wählerschaft stimmt dieser Aussage zu, obwohl bei diesen Wählergruppen ablehnende Meinungen am stärksten vertreten sind. Auf deutlich stärkere Ablehnung stößt diese Aussage insbesondere bei Männern sowie bei älteren Generationen und Befragten mit höherem Bildungsniveau. Überraschenderweise ist der Anteil derjenigen, die dieser Aussage zustimmen, bei denjenigen, die sich dem linken Spektrum zuordnen, geringer als bei Wähler*innen des rechten Spektrums.

Abbildung 25 / Q41C – Staatliche Wirtschaftsregulierung

»Die Wirtschaft sollte stärker staatlich reguliert werden«

■ Stimme absolut zu ■ Stimme zu ■ Stimme nicht zu ■ Stimme absolut nicht zu



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
Stimme absolut zu	14,7%	21,7%
Stimme zu	41,9%	58,7%
Stimme nicht zu	28,5%	14,6%
Stimme absolut nicht zu	14,9%	5,0%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
Stimme absolut zu	21,3%	19,2%	24,4%	14,3%	15,5%	15,6%
Stimme zu	54,5%	54,3%	49,9%	49,7%	53,7%	41,5%
Stimme nicht zu	18,7%	16,3%	17,1%	25,1%	20,9%	29,9%
Stimme absolut nicht zu	5,5%	10,2%	8,6%	10,9%	9,8%	13,0%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
Stimme absolut zu	22,9%	20,0%	12,8%
Stimme zu	55,4%	52,7%	43,4%
Stimme nicht zu	14,4%	19,0%	29,3%
Stimme absolut nicht zu	7,2%	8,3%	14,5%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
Stimme absolut zu	27,1%	16,1%	19,6%	18,3%
Stimme zu	46,4%	50,6%	50,6%	55,8%
Stimme nicht zu	16,2%	23,2%	20,8%	16,2%
Stimme absolut nicht zu	10,4%	10,1%	9,0%	9,6%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
Stimme absolut zu	16,1%	14,3%	19,6%	22,3%
Stimme zu	43,5%	44,1%	53,9%	58,8%
Stimme nicht zu	29,7%	26,8%	17,4%	12,6%
Stimme absolut nicht zu	10,7%	14,8%	9,0%	6,3%

Misstrauen gegenüber der Wissenschaft

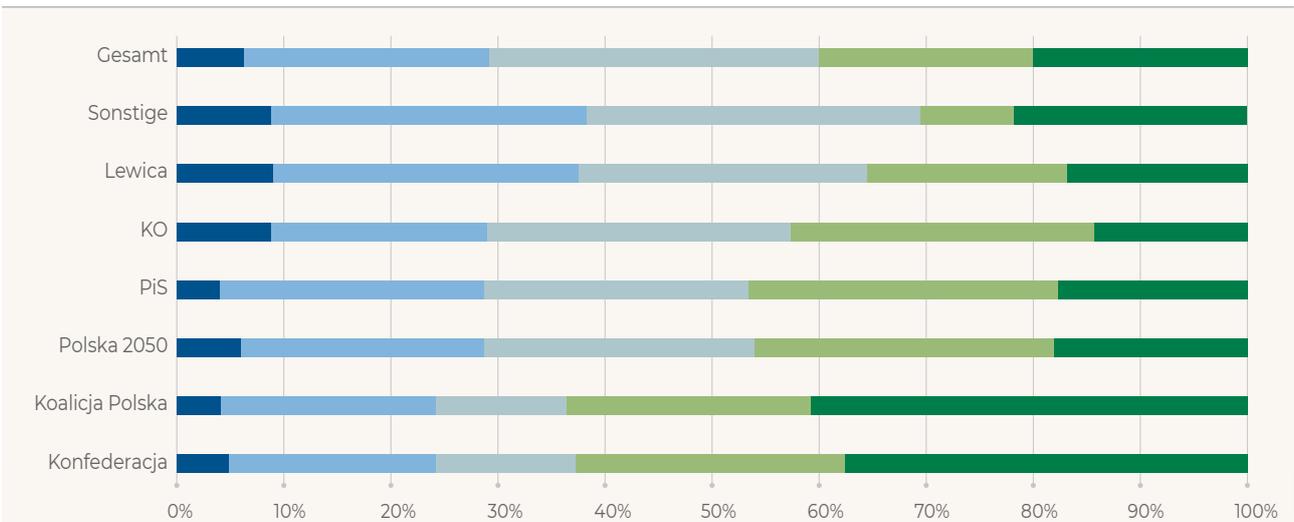
Beim Thema »Misstrauen gegenüber der Wissenschaft« – eine weit verbreitete Einstellung bei Bürger*innen, die dem Umgang mit der Corona-Pandemie kritisch gegenüberstehen – lässt sich eine deutliche Tendenz erkennen: Mehr als 46 Prozent der Befragten teilen die Ansicht, dass »die Menschen nicht erkennen, wie mangelhaft viele wissenschaftliche Studien tatsächlich sind«, während 29,2 Prozent der Befragten nicht dieser Meinung sind. Der An-

teil der Befragten, die dieser Ansicht zustimmen, bilden in allen Wählergruppen eine Mehrheit – mit Ausnahme der Wähler*innen von Nowa Lewica und kleineren Parteien. Größer ist der Anteil derjenigen, die davon überzeugt sind, dass die Wissenschaft mehr Fehler aufweist, als den Menschen bewusst ist, bei Frauen, Befragten mit niedrigerem und höherem Bildungsniveau und denjenigen, die sich politisch rechts verorten, wobei der Grad der Zustimmung in allen demografischen Gruppen relativ ähnlich ist.

Abbildung 26 / Q53 – Misstrauen gegenüber der Wissenschaft

»Die Menschen erkennen nicht, wie mangelhaft viele wissenschaftliche Studien tatsächlich sind«

■ Stimme absolut nicht zu ■ Stimme eher nicht zu ■ Weder noch ■ Stimme eher zu ■ Stimme absolut zu



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
Stimme absolut nicht zu	7,0%	5,8%
Stimme eher nicht zu	21,6%	24,0%
Weder noch	28,4%	21,2%
Stimme eher zu	25,4%	26,7%
Stimme absolut zu	17,5%	22,3%

Alter

	18–24	25–34	35–44	45–54	55–64	65+
Stimme absolut nicht zu	10,1%	5,3%	5,7%	6,2%	5,4%	6,2%
Stimme eher nicht zu	24,5%	22,7%	18,7%	22,3%	26,3%	23,5%
Weder noch	19,9%	21,7%	25,4%	30,1%	22,1%	27,9%
Stimme eher zu	25,6%	26,8%	23,8%	22,9%	27,5%	29,4%
Stimme absolut zu	20,0%	23,5%	26,4%	18,4%	18,7%	13,0%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
Stimme absolut nicht zu	7,1%	6,0%	7,1%
Stimme eher nicht zu	22,3%	23,5%	21,9%
Weder noch	25,1%	24,2%	25,0%
Stimme eher zu	28,7%	24,1%	28,8%
Stimme absolut zu	16,8%	22,2%	17,2%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
Stimme absolut nicht zu	6,3%	6,8%	4,4%	7,5%
Stimme eher nicht zu	24,4%	24,2%	19,9%	23,5%
Weder noch	20,3%	24,7%	25,2%	23,5%
Stimme eher zu	25,6%	26,8%	27,0%	21,6%
Stimme absolut zu	23,4%	17,4%	23,5%	23,9%

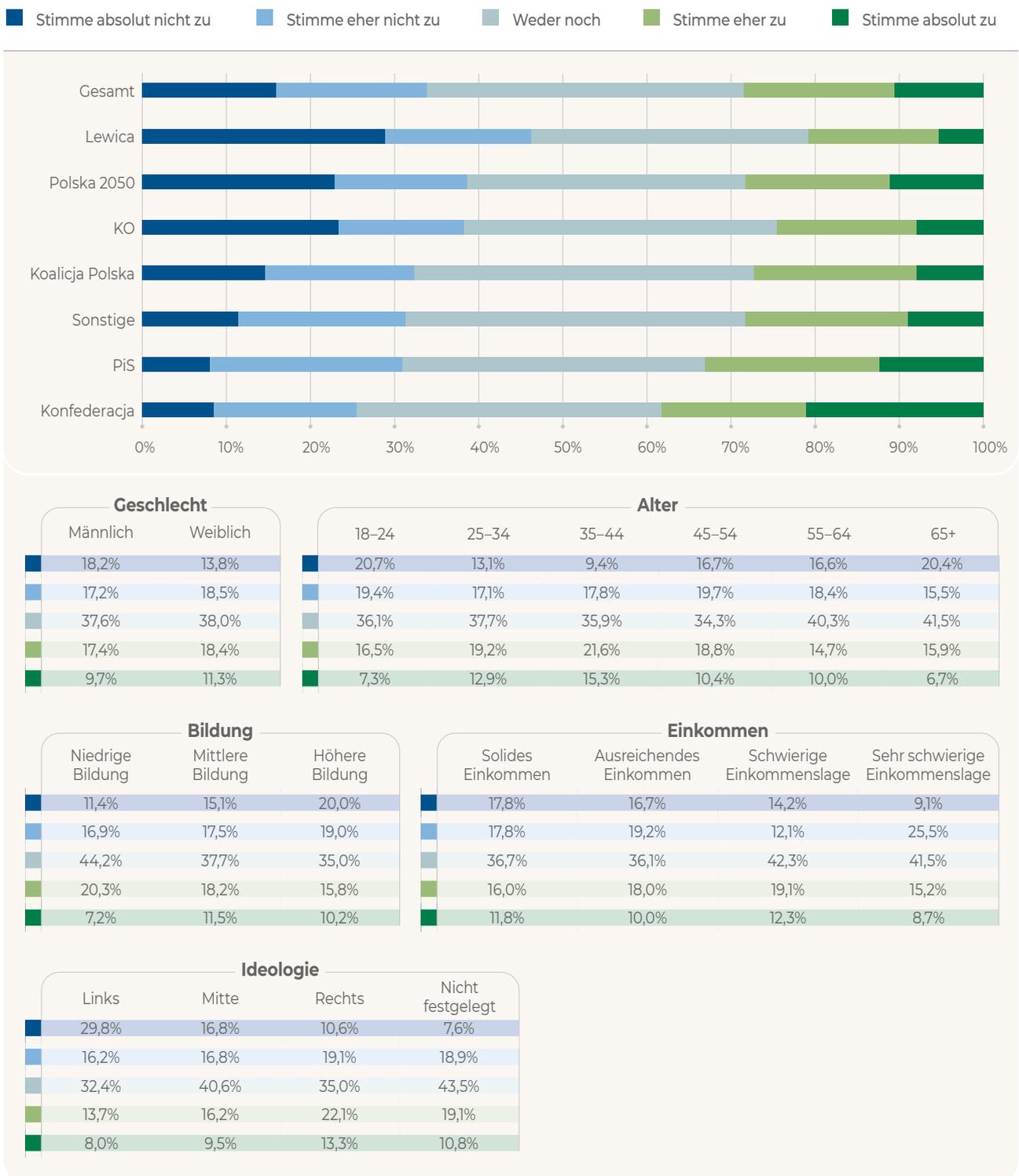
Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
Stimme absolut nicht zu	10,1%	8,9%	3,7%	3,8%
Stimme eher nicht zu	22,2%	20,7%	26,0%	22,0%
Weder noch	26,4%	29,4%	19,8%	23,9%
Stimme eher zu	23,6%	24,7%	28,9%	27,0%
Stimme absolut zu	17,7%	16,3%	21,7%	23,3%

Viele Befragte sind zudem besorgt über die gesellschaftliche Einflussnahme von Wissenschaftler*innen, wobei der Anteil hier, relativ betrachtet, kleiner ist – 28,5 Prozent haben diese Sorge; 33,8 Prozent teilen sie nicht; rund 37,7 Prozent stehen dieser Aussage neutral gegenüber. Die Wählerschaft von Konfederacja und PiS macht sich mehr Sorgen über den Einfluss der Wissenschaft auf die Gesell-

schaft, während die Wähler*innen von Nowa Lewica, KO und Polska 2050 sich die wenigsten Sorgen darüber machen. Bei jüngeren Befragten (25 bis 44 Jahre), den Einkommensstärkeren und den ideologisch rechts Stehenden ruft der Einfluss von Wissenschaftlern auf die Gesellschaft größere Besorgnis hervor als bei anderen demografischen Gruppen.

Abbildung 27 / Q53 – »Ich bin besorgt über die gesellschaftliche Einflussnahme von Wissenschaftler*innen«

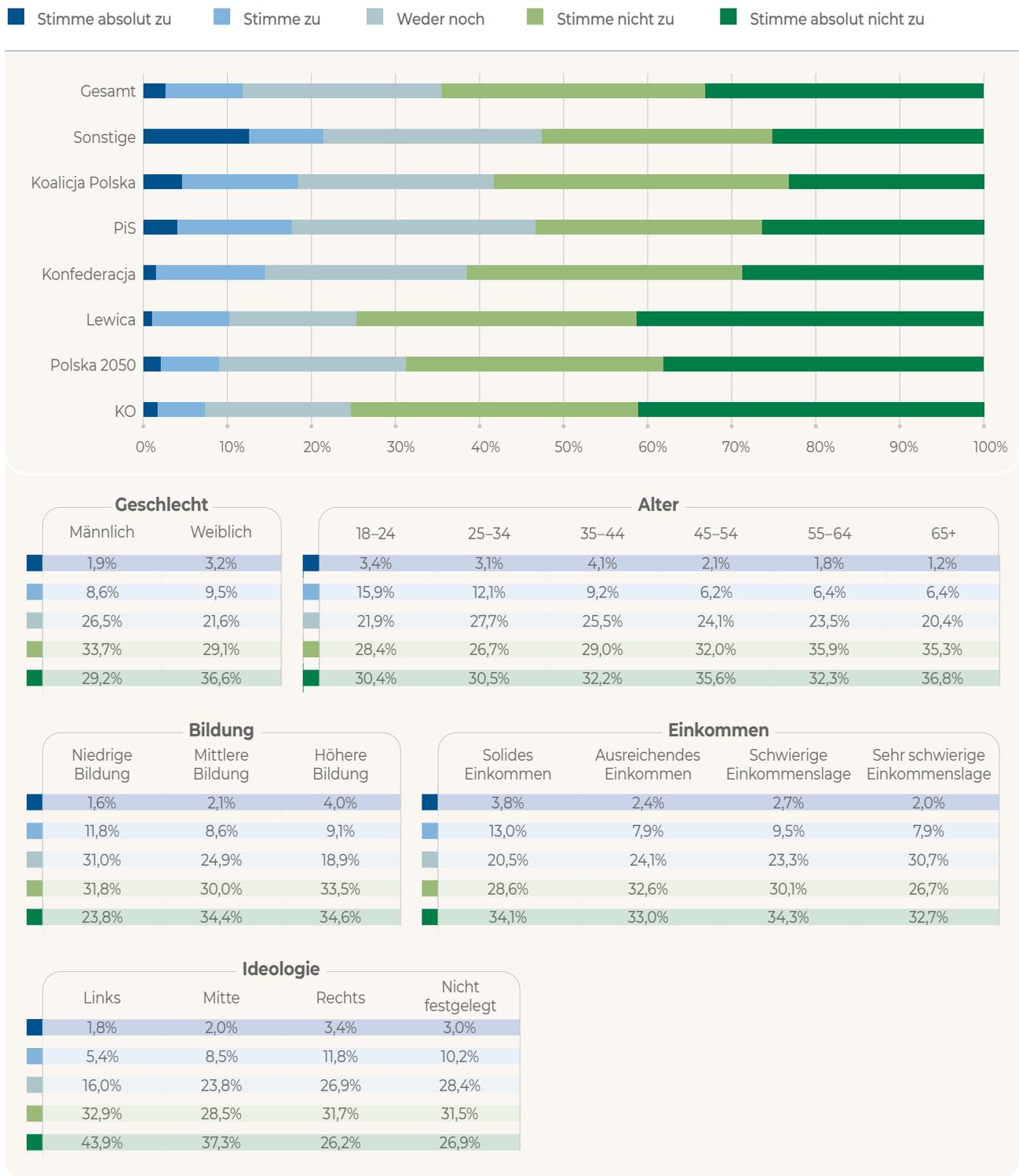


Meinungen zur Geschlechterungleichheit

Der Vorschlag, sich bei Arbeitsplatzknappheit wieder auf traditionelle Geschlechterrollen zu besinnen und der Erwerbstätigkeit von Männern den Vorrang zu geben, stimmt eine überwältigende Mehrheit in der polnischen Öffentlichkeit nicht zu. 64,4 Prozent der Befragten lehnen ihn (entschieden) ab. Wähler*innen von kleineren Parteien, Koalicja Polska und PiS sind am häufigsten dafür, dass

Männer bei der Erwerbstätigkeit Vorrang vor Frauen haben sollten. Was die demografische Zusammensetzung betrifft, ist der Anteil derjenigen, die der Aussage zustimmen, am größten bei den jüngeren Befragten (18 bis 34 Jahre), den Befragten mit niedrigerem Bildungsniveau und den Befragten mit solidem Einkommen. Was die politische Ausrichtung angeht, ist der Zustimmungswert bei den Wähler*innen des rechten Spektrums am höchsten.

Abbildung 28 / Q64 – »Bei Arbeitsplatzknappheit sollten Männer gegenüber Frauen ein Vorrangrecht auf Arbeit haben«



Zustimmung zur Einwanderung, Meinungsbild zum Klimawandel, zum Populismus und zum Wiederaufbauprogramm »NextGenerationEU«

Zum Themenkomplex »Zustimmung zur Einwanderung« wurden die Teilnehmenden der Umfrage auf zwei separaten Skalen danach gefragt, ob Einwanderer die wirtschaftliche Entwicklung des Landes fördern und es kulturell bereichern. Der Index »Vertrauen in die Institutionen« besteht aus 6 Einzelfragen, die abklären sollen, inwieweit die Befragten verschiedenen nationalen und internationalen Institutionen vertrauen (siehe Kapitel zur Methodik). Die Durchschnittswerte zahlreicher Befragtengruppen werden in einem zweidimensionalen Streudiagramm dargestellt.

Bei der Frage nach der Zustimmung zur Einwanderung sind die Meinungen in Polen gespalten, aber nur bei wenigen Gruppen liegen die Werte unter den Durchschnittswerten des betreffenden Index; das bedeutet, dass viele Gruppen polnischer Bürger*innen der Einwanderung eher positiv gegenüberstehen. Zu den einwanderungsfreundlichsten Befragtengruppen gehören ältere Menschen sowie Befragte, die sich dem linken Spektrum und der Lewica zuordnen, sowie die Wählerschaft von KO und Nowa Lewica und Personen mit höherem Bildungsniveau. Die Konfederacja-Wählerschaft, Befragte mit schwieriger Einkommenslage, Menschen mit geringem Bildungsniveau und ideologisch nicht Festgelegte sind am wenigsten einwanderungsfreundlich eingestellt.

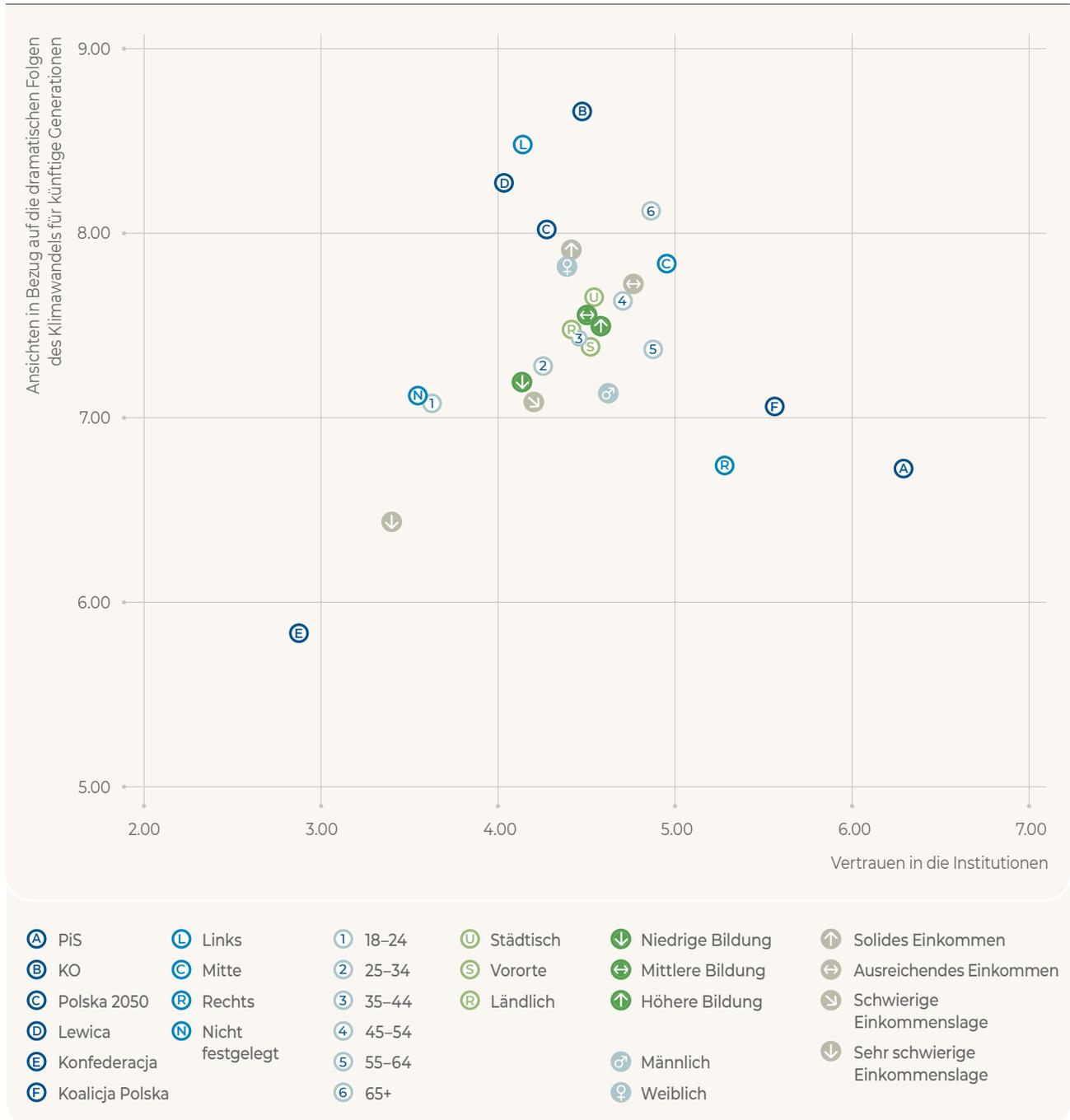
Abbildung 29 – Unterstützung für Einwanderung



Wie die obige Graphik zeigt, ist eine Mehrheit der polnischen Bürger*innen sehr besorgt über die Folgen des Klimawandels für künftige Generationen. Alle Befragten-
gruppen einschließlich der Wählerschaft von Konfederacja und PiS liegen auf der Bewertungsskala zur Sorge um den Klimawandel über dem Durchschnitt. Am stärksten

besorgt über den Klimawandel sind die Wähler*innen linker und der Mitte zuzuordnender Parteien sowie ältere Bürger*innen. Befragte des rechten Spektrums, Konfederacja-Wähler*innen, Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau und Menschen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind über den Klimawandel am wenigsten besorgt.

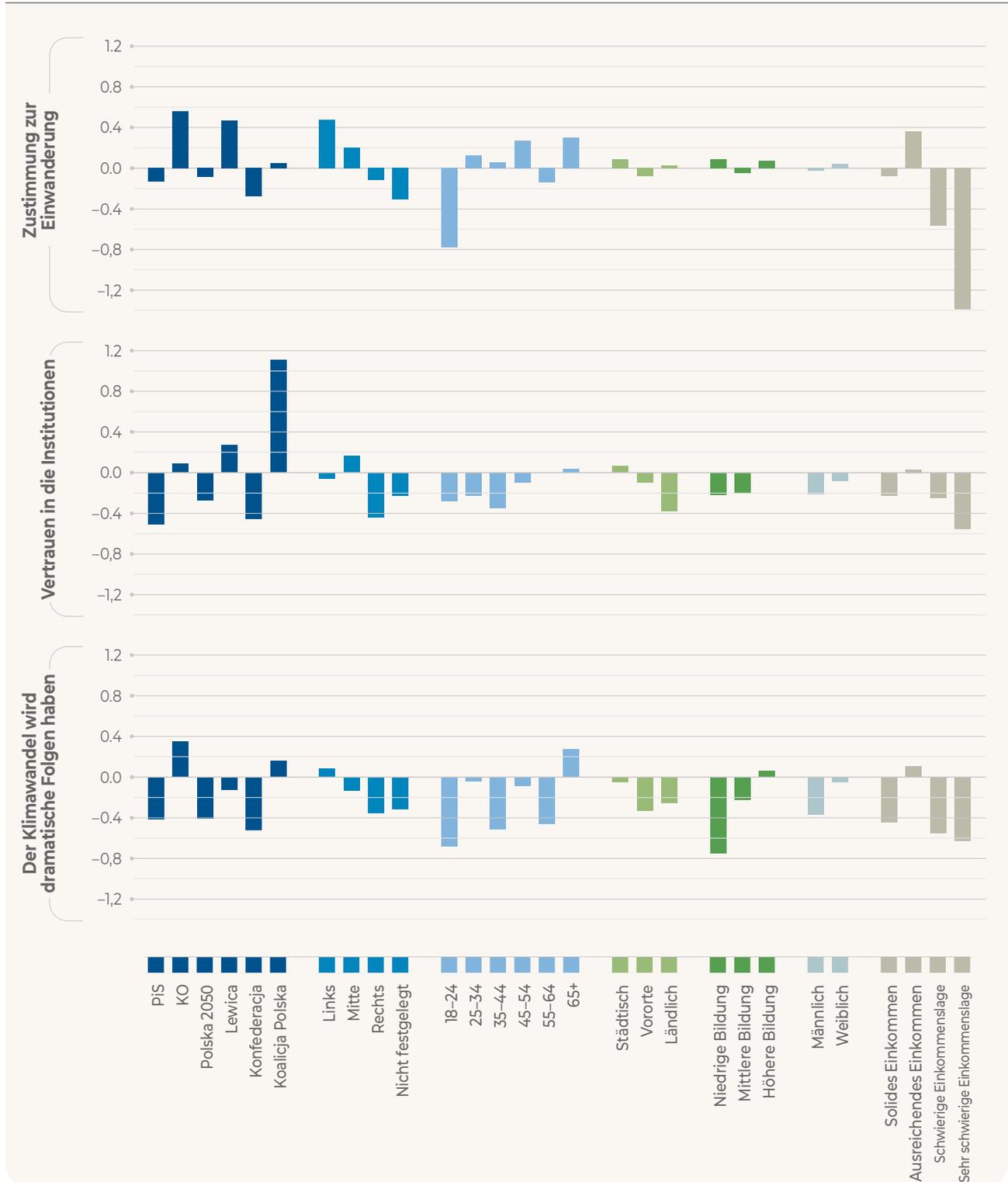
Abbildung 30 – Auswirkungen des Klimawandels



Die Unterschiede zwischen den beiden Erhebungswellen sind verhältnismäßig gering. Im Unterschied zu anderen Ländern zeigen die Meinungsveränderungen beim Thema Klimawandel, dass bei den polnischen Bürger*innen insgesamt die Sorge nicht wesentlich größer geworden ist. Bei den jüngsten Befragten und den Menschen mit schwieriger Einkommenslage hat die Sorge sogar abge-

nommen. Zugleich ist in fast allen Befragtengruppen das Vertrauen in die Institutionen geschrumpft – wenn auch nur in geringem Umfang. Nur bei den Wähler*innen von Koalicija Polska ist das Vertrauen deutlich gewachsen. Auch die Zustimmung zur Einwanderung ist von 2020 zu 2021 zurückgegangen, aber diese Veränderung ist nicht sehr ausgeprägt.

Abbildung 31



Ein erheblicher Teil der polnischen Befragten glaubt an mehrere Verschwörungstheorien, wie die hohen Durchschnittswerte (mehr als 6 von 10) des Index »Verschwörungsglaube« in allen Befragtengruppen zeigen. Dass die PiS-Wählerschaft für Verschwörungsglauben am wenigsten empfänglich ist, überrascht angesichts des stramm konservativen Profils dieser Partei. Für Verschwörungsthe-

sen am empfänglichsten sind hingegen die Wählerschaft von Konfederacja und Menschen mit schwieriger Einkommenslage sowie ideologisch nicht festgelegte Befragte. Zu den Wählergruppen, die für Verschwörungstheorien weniger empfänglich sind, zählen ältere Befragte, Menschen mit höherem Bildungsniveau, politisch in der Mitte stehende und die Wähler*innen von Nowa Lewica.

Abbildung 32 – Glaube an Verschwörungstheorien



Beim Thema Populismus – als Gradmesser wurden hier die anti-elitären Ressentiments herangezogen – zeigt sich, dass Wähler*innen von Konfederacja, Nowa Lewica und KO sowie Befragte mit schwieriger Einkommenslage und Menschen mit höherem Bildungsniveau zu den elitefeindlichsten Befragtengruppen gehören. Da die Populismusanfälligkeit hier an explizit elitefeindlichen Aussagen ge-

messen wird, ist nachvollziehbar, dass diejenigen Befragten, die am stärksten gegen die fortlaufend regierende Partei opponieren, auf dem Index »Populismus« die höchsten Punktzahlen erreichen. Dies zeigt sich auch daran, dass die PiS-Wählerschaft und die Befragten des rechten Spektrums auf dem Index »Populismus« niedrigere Punktzahlen erzielen.

Abbildung 33 – Populismusanhänger



Das Wiederaufbauprogramm »NextGenerationEU«, das von der Europäischen Kommission als Strategie für die Umgestaltung von Gesellschaft und Wirtschaft nach der COVID-19-Pandemie vorgelegt wurde, findet in der polnischen Öffentlichkeit mäßige Zustimmung. Die demografischen Gruppen, bei denen die Zustimmung am größten ist, sind die Wähler*innen von KO, Nowa Lewica und Polska 2050, die politisch links oder in der Mitte stehenden

sowie die Befragten, die 65 Jahre oder älter sind. Am geringsten ist die Zustimmung hingegen bei Konfederacja-Wähler*innen, ideologisch nicht festgelegten Personen, bei Menschen in wirtschaftlich schwieriger Lage und bei den Befragten, die 24 Jahre oder jünger sind. Im Gegensatz zu anderen Ländern haben die jüngeren Befragten in Polen eine eher ablehnende Haltung zu »NextGenerationEU«.

Abbildung 34 – Unterstützung für NextGenerationEU-Plan



DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 4

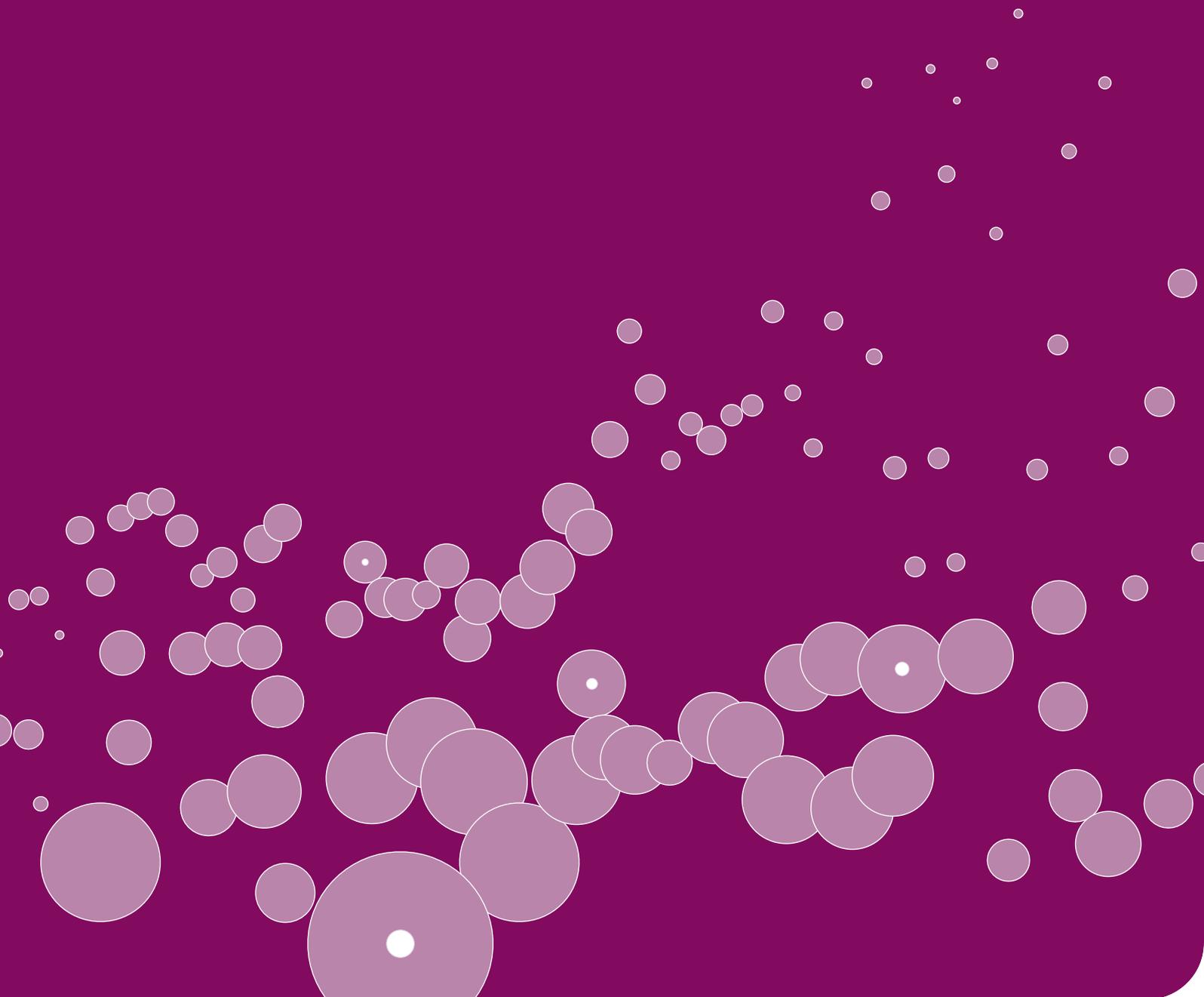
- Obwohl sehr wenige Pol*innen die EU-Mitgliedschaft ihres Landes negativ bewerten, gibt es einen beträchtlichen Anteil von Befragten, die der EU gegenüber ambivalent eingestellt sind. Die Wählerschaft von KO und Lewica bewertet Polens Mitgliedschaft in der EU am positivsten, während bei der Wählerschaft von Konfederacija und PiS sowie bei den Anhängern kleinerer Parteien der Anteil derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft Polens kritisch sehen, am größten ist.
- Eine klare Mehrheit von 68 Prozent der polnischen Befragten befürwortet eine stärkere Regulierung der Wirtschaft durch den Staat. Auch wenn alle Wählergruppen dies mehrheitlich befürworten, ist der Anteil der Befürworter in der PiS-Wählerschaft am höchsten – was logisch erscheint, weil die PiS an der Regierung ist.
- Die Umfrageergebnisse lassen erkennen, dass das Misstrauen gegenüber der Wissenschaft in der Gesellschaft beunruhigend weit verbreitet ist. Am größten ist das Misstrauen bei der Wählerschaft von Konfederacija, Koalicija Polska und PiS, während die Wähler*innen von Lewica und kleineren Parteien der Wissenschaft am positivsten gegenüberstehen.
- Nur sehr wenige Pol*innen sind der Ansicht, dass Männer in Zeiten knapper Arbeitsplätze den Vorrang bei der Erwerbstätigkeit haben sollten. Am größten ist die Zustimmung zu dieser Ansicht bei der Wählerschaft von Koalicija Polska und kleineren Parteien sowie bei jüngeren Befragten und Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau.
- Parteipräferenz und Ideologie sind die aussagekräftigsten Prädiktoren für die Zustimmung zur Einwanderung, wobei die Wähler*innen von Nowa Lewica und KO sowie Befragte des linken Spektrums die positivste Einstellung gegenüber Einwanderern haben. Am stärksten ausgeprägt ist die ablehnende Haltung gegenüber Einwanderung hingegen bei den ideologisch nicht festgelegten, bei Menschen mit schwieriger Einkommenslage und bei der Konfederacija-Wählerschaft.
- Alle Befragten sind zumindest in gewissem Ausmaß besorgt über den Klimawandel – selbst diejenigen, die den menschlichen Einfluss auf das Klima traditionell bezweifeln wie z. B. die Befragten mit niedrigerem Bildungsniveau, Einkommensschwächere und Menschen aus dem rechten Spektrum. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass die Bürger*innen Maßnahmen gegen den Klimawandel akzeptieren, die sich unmittelbar nachteilig auf ihre wirtschaftliche Situation auswirken, wie etwa steigende Energiepreise.
- Der Verschwörungsglaube – nach einem Index mit nicht auf die Pandemie bezogenen Fragen – ist in der Wählerschaft von Konfederacija am weitesten verbreitet, die in diesem Punkt von den übrigen Befragten stark abweicht. Auch Befragte mit schwieriger Einkommenslage und ideologisch nicht festgelegte sind für Verschwörungsglauben empfänglich – ein Indiz für die grundsätzlich misstrauische Weltsicht vieler Befragter in diesen demografischen Kategorien. PiS-Wähler*innen und politisch in der Mitte stehende glauben am wenigsten an Verschwörungstheorien.
- Die für Populismus empfänglichsten Befragtengruppen sind die Wähler*innen von Konfederacija, KO und Nowa Lewica sowie die ideologisch links eingestellten Befragten und die Menschen mit solidem Einkommen. Da der Index »Populismus« mehrere Fragen zum Thema Elitefeindlichkeit beinhaltet, ist nachvollziehbar, dass diejenigen Befragten, die der Regierung am kritischsten gegenüberstehen, auf dem Index »Populismus« die höchsten Werte erreichen.
- Das Programm »NextGenerationEU« stößt bei den Wähler*innen der Parteien der Mitte und des linken Spektrums eindeutig auf die größte Zustimmung, während die Konfederacija-Wählerschaft, ideologisch nicht festgelegte Befragte und Menschen mit schwieriger Einkommenslage das Maßnahmenpaket eher negativ bewerten.





KAPITEL 5

DEUTLICHE VERSCHIEBUNG DER PARTEIPRÄFERENZEN VON EU-WAHL ZU EU-WAHL



Politische Ideologie

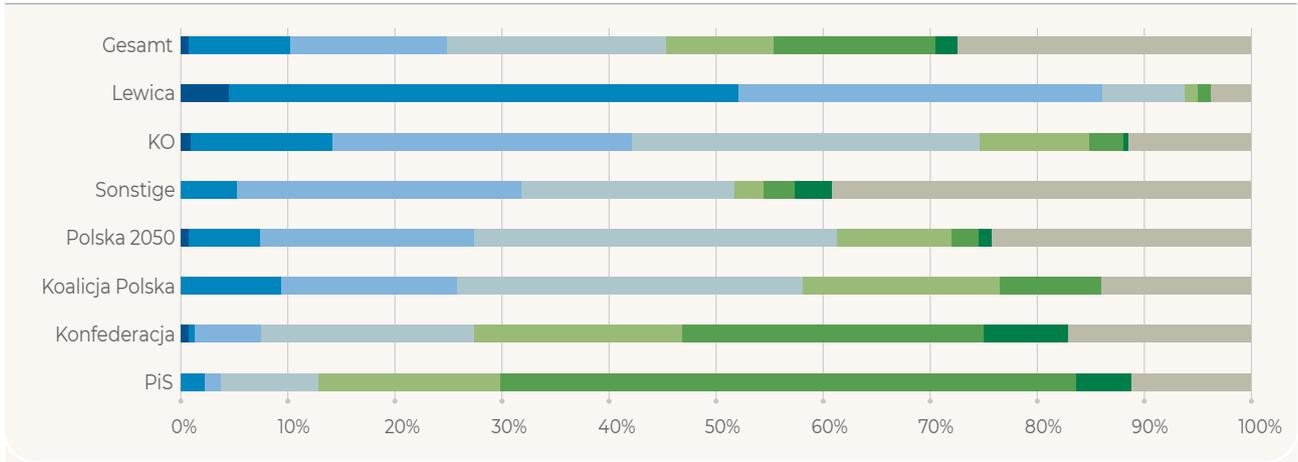
Im Vergleich zwischen politischer Orientierung und Parteienwahl zeigt sich ein sehr logisches und konsistentes Muster. Fast 6 von 10 politisch links Orientierten sehen sich selbst als Mitte-Links, während der entsprechende Anteil auf der rechten Seite des Spektrums etwa 4 von 10 beträgt. Viele polnische Befragte ordnen sich selbst der gemäßigten Mitte zu (20,5 Prozent). Nimmt man die Tat-

sache hinzu, dass auf beiden Seiten des politischen Spektrums die Befragten sich überwiegend der politischen Mitte zuordnen, steht dies in krassem Gegensatz zum vorherrschenden politischen Diskurs, der oft von Extrempositionen dominiert wird, die jedoch offensichtlich nur von einer Minderheit vertreten werden. Nur ein sehr kleiner Teil der polnischen Wähler*innen ordnet sich selbst den politischen Extremen zu.

Abbildung 35 / Q71 – Politische Ideologie

Welche der folgenden Zuschreibungen beschreibt am treffendsten Ihre politische Einstellung?

Radikal links Links Mitte-links Mitte Mitte-rechts Rechts Radikal rechts Nichts von allem



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
Radikal links	1,0%	0,7%
Links	6,3%	11,9%
Mitte-links	17,0%	12,7%
Mitte	24,6%	16,8%
Mitte-rechts	13,8%	7,0%
Rechts	16,8%	13,3%
Radikal rechts	2,5%	1,2%
Nichts von allem	17,9%	36,5%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
Radikal links	2,0%	-	0,6%	1,2%	1,2%	0,9%
Links	15,1%	7,0%	7,9%	6,1%	11,0%	10,4%
Mitte-links	13,5%	10,9%	8,9%	16,2%	14,3%	25,4%
Mitte	15,5%	25,2%	20,2%	18,6%	15,7%	26,0%
Mitte-rechts	5,6%	8,7%	8,6%	11,9%	13,1%	12,2%
Rechts	7,5%	13,6%	17,4%	19,1%	16,9%	13,4%
Radikal rechts	2,0%	0,7%	4,0%	1,5%	1,5%	1,5%
Nichts von allem	38,9%	33,7%	32,4%	25,5%	26,4%	10,1%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
Radikal links	1,9%	0,7%	0,5%
Links	12,4%	9,2%	8,2%
Mitte-links	6,8%	14,6%	19,0%
Mitte	15,8%	17,6%	29,3%
Mitte-rechts	4,9%	11,6%	9,9%
Rechts	13,5%	15,5%	14,5%
Radikal rechts	-	2,3%	1,8%
Nichts von allem	44,7%	28,5%	16,9%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
Radikal links	2,4%	0,7%	0,8%	1,8%
Links	14,0%	8,5%	8,8%	13,2%
Mitte-links	16,0%	16,1%	13,7%	8,1%
Mitte	21,0%	22,0%	21,0%	10,6%
Mitte-rechts	6,6%	10,7%	10,7%	16,3%
Rechts	16,1%	15,2%	14,1%	13,6%
Radikal rechts	1,9%	1,6%	2,1%	2,6%
Nichts von allem	22,0%	25,1%	28,8%	33,8%

Ideologie

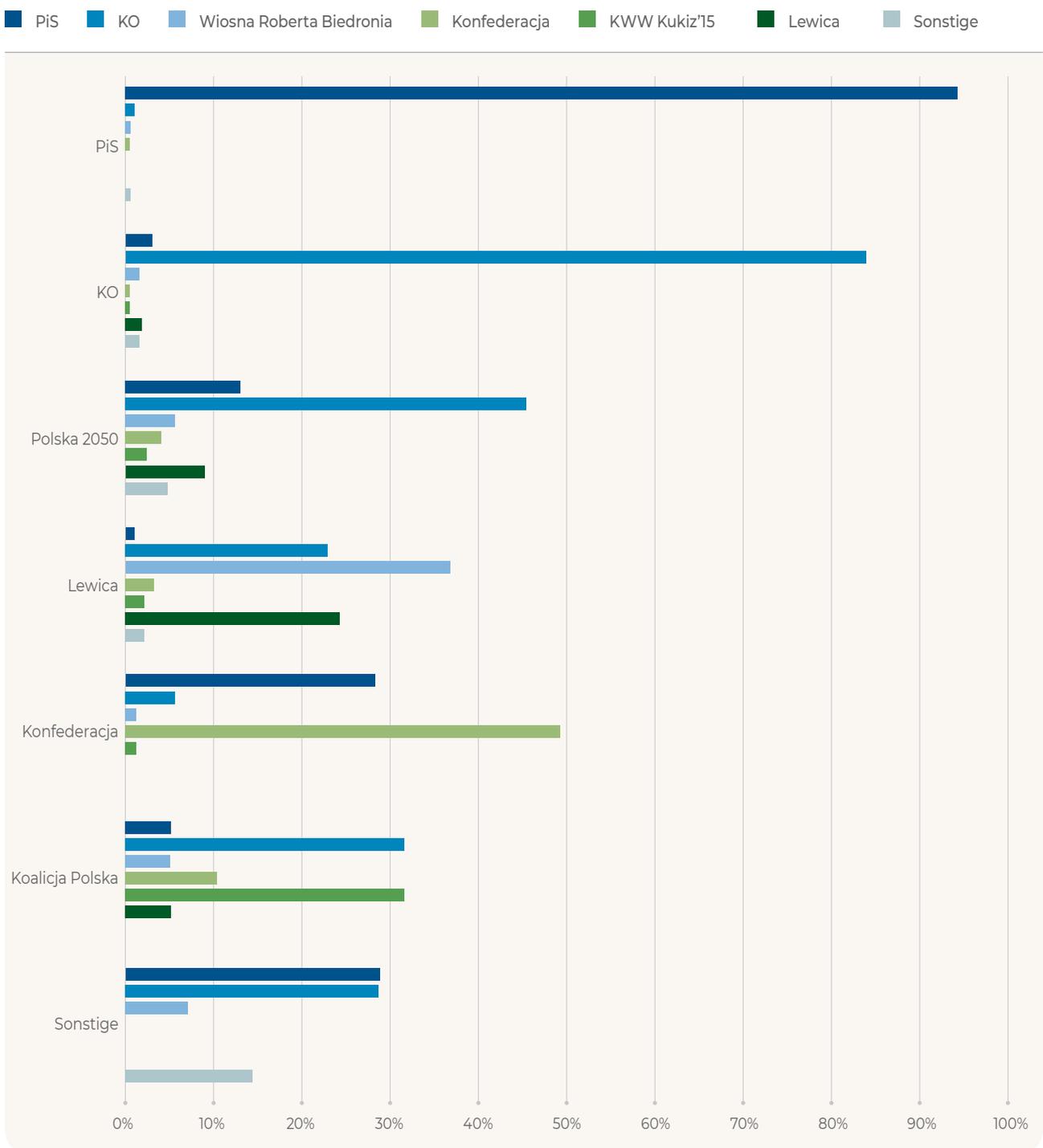
	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
Radikal links	3,4%	-	-	-
Links	37,3%	-	-	-
Mitte-links	59,4%	-	-	-
Mitte	-	100,0%	-	-
Mitte-rechts	-	-	37,8%	-
Rechts	-	-	55,3%	-
Radikal rechts	-	-	6,8%	-
Nichts von allem	-	-	-	100,0%

Diejenigen, die sich der radikalen Linken zuordnen, konzentrieren sich hauptsächlich in der Wählerschaft von Nowa Lewica, wobei sehr wenige sich der KO zuordnen. Die große Mehrheit der Wählerschaft von Nowa Lewica ordnet sich selbst dem Mitte-Links-Spektrum oder der Mitte (insbesondere KO) zu. Der größte Anteil rechter Wähler*innen ist in der PiS-Wählerschaft zu finden, während der größte Anteil rechtsextremer Wähler*innen in der Konfederacja-Wählerschaft anzutreffen ist. Bei Männern, 45- bis 64-Jährigen und den Einkommenschwächsten ist der Anteil derjenigen, die sich selbst als rechts bezeichnen, am höchsten; bei Frauen und Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau ist der Anteil derjenigen, die sich keiner ideologischen Richtung zuordnen, höher.

Stimmverhalten bei der Europawahl 2019

Die meisten Befragten, die zum Zeitpunkt der Datenerhebung vorhatten, bei einer landesweiten Parlamentswahl eine bestimmte Partei zu wählen, stimmten auch bei der Europawahl 2019 für diese Partei. Die PiS-Wähler*innen sind ihrer Partei am treuesten – 94 Prozent, die aktuell für diese Partei stimmen würden, wählten sie auch 2019, während dies bei der Konfederacja-Wählerschaft nur bei 49 Prozent der Fall ist. Es scheint einen bemerkenswerten Wähleraustausch zwischen Konfederacja und PiS zu geben.

Abbildung 36 – Für welche Partei haben Sie bei der Europawahl 2019 gestimmt?

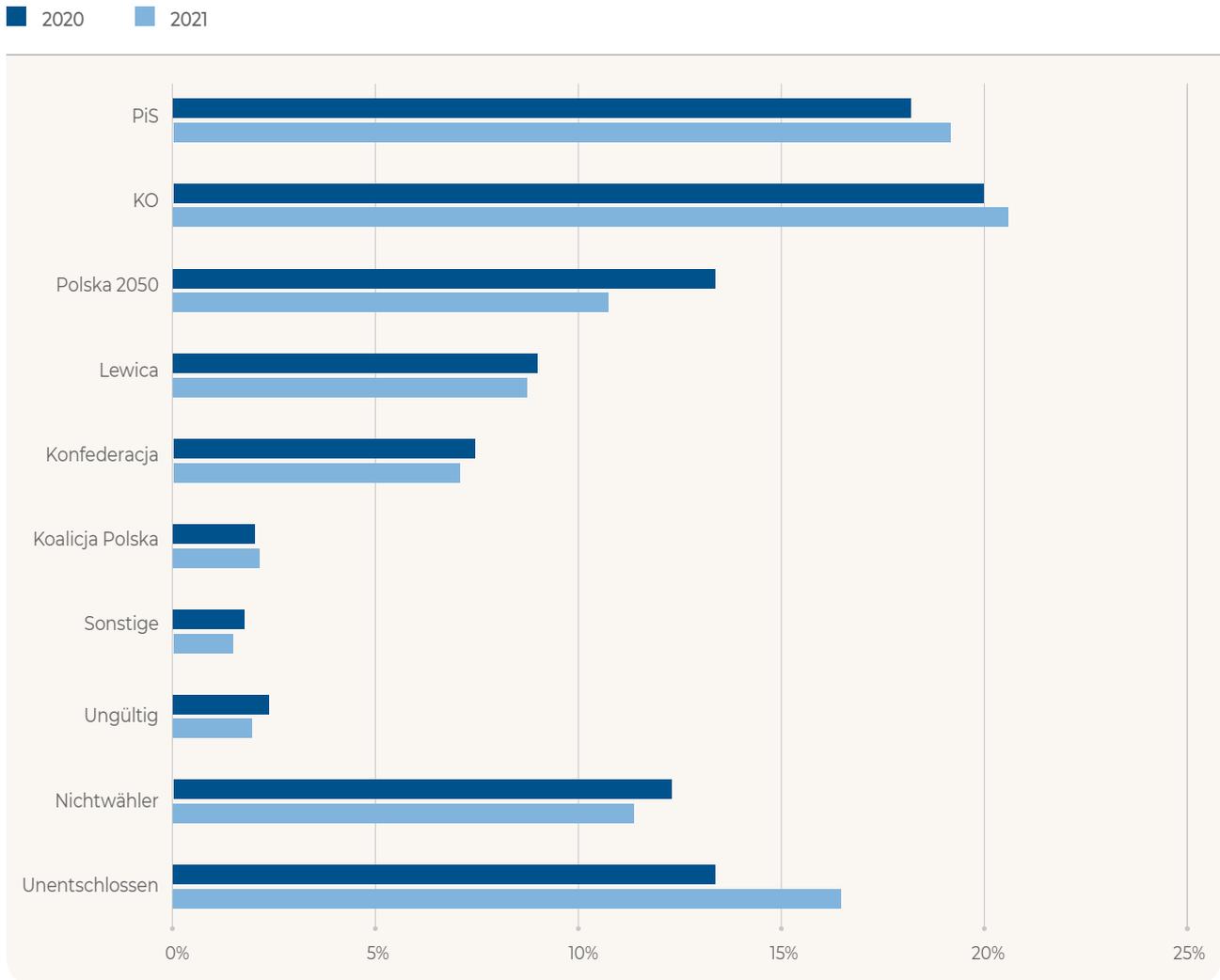


Veränderungen der Wahlabsicht von 2020 zu 2021

Beim Vergleich des Wahlverhaltens im zeitlichen Verlauf sind die Parteiaffinitäten zwischen 2020 und 2021 unverändert geblieben. Sowohl die PiS als auch die wichtigste Oppositionspartei KO sind in der Wählergunst leicht ge-

stiegen, während der Zuspruch zu den kleineren Parteien Polska 2050, Nowa Lewica, Konfederacja und Koalicja Polska abgenommen hat. Der Anteil der unentschlossenen Befragten, die nicht wissen, welche Partei sie wählen würden, ist ebenfalls gestiegen.

Abbildung 37 – Wenn morgen Parlamentswahl wäre, welcher Partei würden Sie Ihre Stimme geben?



DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 5

- Die Befragten, die sich mit radikalen Ideologien sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite identifizieren, machen weniger als 3 Prozent der polnischen Wählerschaft aus, während die ideologisch nicht festgelegten die größte Befragtengruppe bilden. Von den meisten linken Wähler*innen wird die Nowa Lewica unterstützt, während die PiS-Wählerschaft sich am stärksten mit dem rechten Flügel identifiziert.
- Viele Befragte, die bei der Europawahl 2019 eine bestimmte Partei gewählt haben, beabsichtigten bei einer landesweiten Parlamentswahl, einer anderen Par-

tei ihre Stimme zu geben. Bei PiS und Konfederacja war die Wahrscheinlichkeit, dass sie ihre Wählerschaft halten können, am höchsten, während mehr als die Hälfte der Befragten, die 2019 für eine der anderen Parteien stimmten, ihre Parteipräferenz geändert haben.

- Die in der Umfrage ersichtlichen Verschiebungen im Wahlverhalten von 2020 auf 2021 zeigen, dass die Unterstützung für PiS und KO zugenommen hat, während der Zuspruch zu Polska 2050, Lewica und Konfederacja zurückgegangen ist.

KAPITEL 6

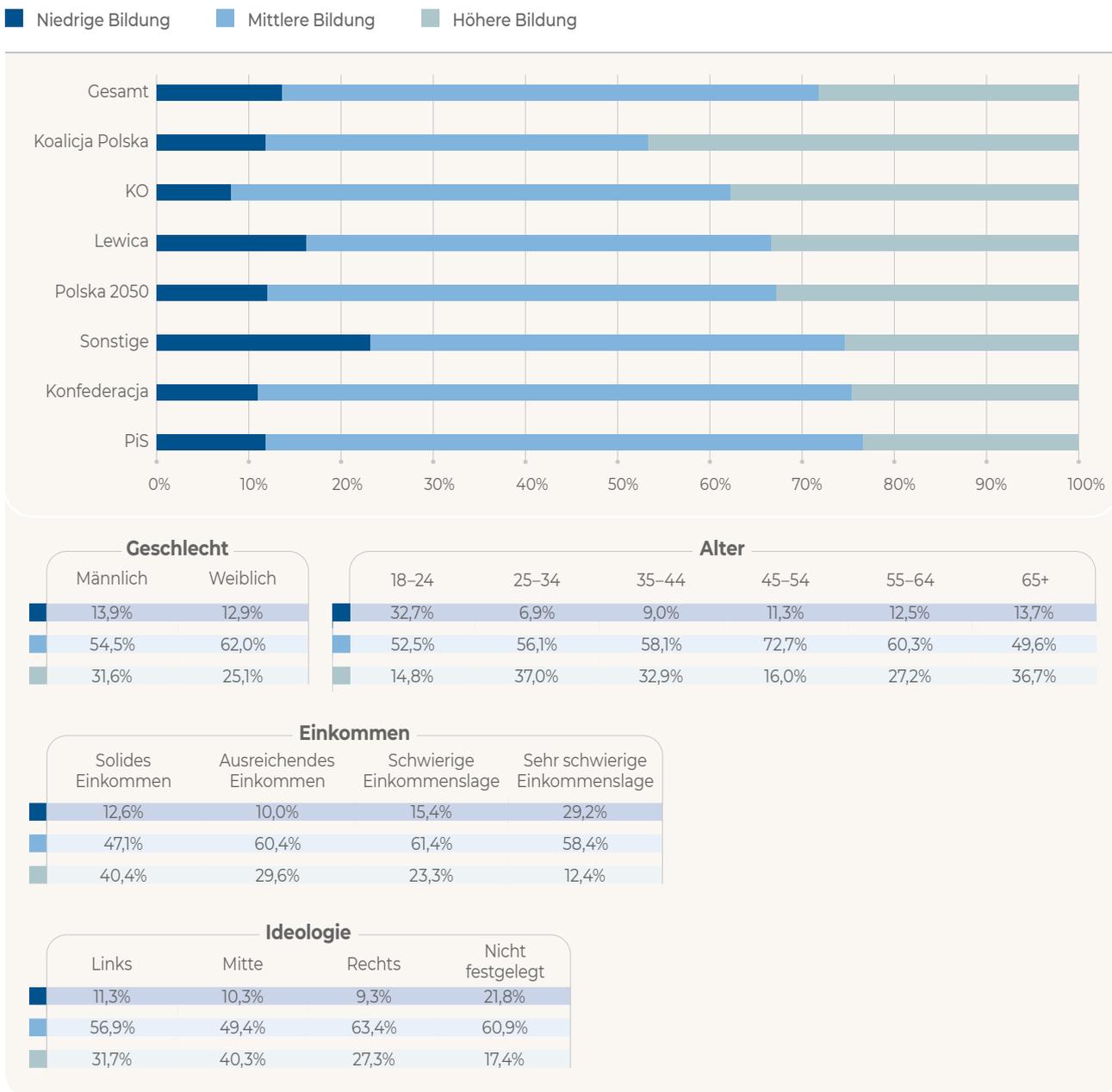
40 PROZENT DER BÜRGER*INNEN
BESUCHEN MINDESTENS EINEN
GOTTESDIENST IM MONAT



Bildung

Was die Frage der Bildung betrifft, ist die Wählergruppe mit dem größten Anteil an höher gebildeten Befragten die Wählerschaft von Koalicja Polska, während die Gruppen mit dem geringsten Anteil an höher gebildeten Befragten die Wähler*innen von PiS und Konfederacja sind. Bei den ideologisch in der Mitte Stehenden und den Einkommensstarken ist der Anteil der Menschen mit höherem Bildungsniveau am höchsten.

Figure 38 – Bildung



Teilnahme an Gottesdiensten

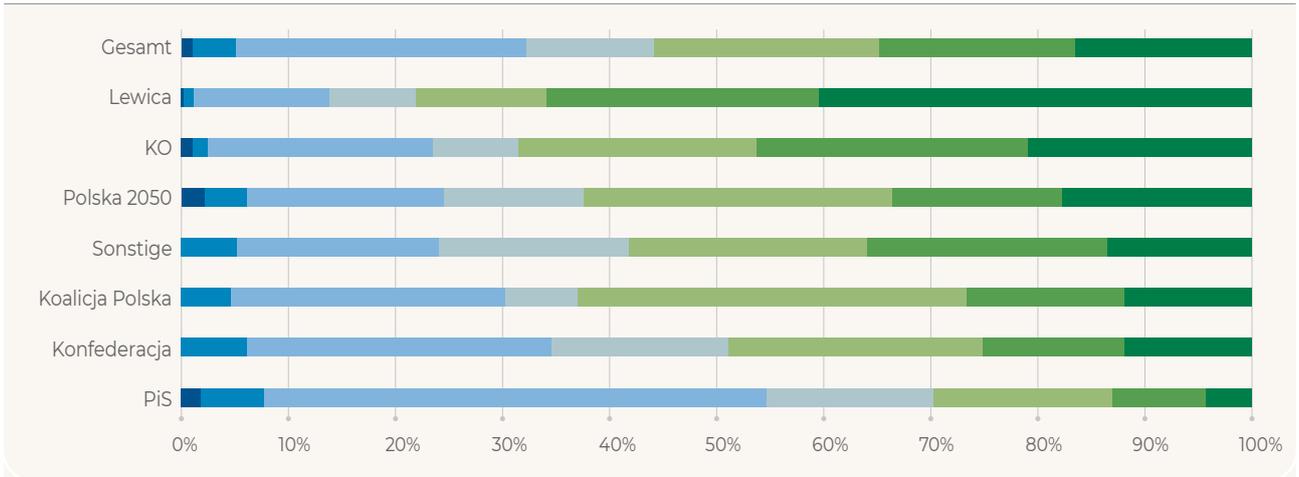
Der Anteil der Gottesdienstbesucher*innen in Polen gehört zu den höchsten in Europa – 40 Prozent besuchen mehr als einmal im Monat einen Gottesdienst. Dies sind mehr als in jedem anderen in dieser Studie untersuchten Land. Die Wähler*innen von Nowa Lewica and KO gehen am seltensten in den Gottesdienst, während die PiS-Wäh-

ler*innen am häufigsten an Gottesdiensten teilnehmen. Auch die Wähler*innen von Konfederacja und Koalicja Polska gehören zu denjenigen, die recht häufig Gottesdienste besuchen. Im Unterschied zu anderen Ländern, in denen die Bevölkerung mehrheitlich säkularisiert ist, sind die Verhältnisse in Polen offenkundig anders ge-

Abbildung 39 / Q11 – Teilnahme an Gottesdienst

Wie oft besuchen Sie Gottesdienste (abgesehen von besonderen Anlässen wie Hochzeiten und Beerdigungen)?

- Täglich
- Mehr als einmal pro Woche
- Einmal pro Woche
- Nur an Feiertagen
- Mindestens einmal im Monat
- Selten
- Nie



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
Täglich	1,4%	0,7%
Mehr als einmal pro Woche	3,3%	4,6%
Einmal pro Woche	26,6%	28,0%
Mindestens einmal im Monat	11,0%	12,6%
Nur an Feiertagen	19,9%	22,1%
Selten	19,7%	17,2%
Nie	18,0%	14,8%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
Täglich	2,5%	1,5%	2,5%	-	1,2%	0,6%
Mehr als einmal pro Woche	3,4%	3,5%	2,8%	6,2%	4,3%	4,2%
Einmal pro Woche	24,7%	29,5%	30,4%	24,4%	27,1%	25,6%
Mindestens einmal im Monat	10,2%	13,2%	13,9%	13,4%	12,2%	7,0%
Nur an Feiertagen	22,7%	25,0%	20,9%	19,4%	21,3%	16,9%
Selten	18,1%	14,8%	16,1%	22,9%	18,4%	19,6%
Nie	18,4%	12,5%	13,3%	13,7%	15,4%	26,0%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
Täglich	0,8%	1,0%	1,3%
Mehr als einmal pro Woche	3,3%	4,4%	3,5%
Einmal pro Woche	23,4%	28,3%	27,3%
Mindestens einmal im Monat	10,6%	10,9%	14,5%
Nur an Feiertagen	22,2%	22,7%	17,3%
Selten	19,0%	18,3%	18,4%
Nie	20,7%	14,5%	17,8%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
Täglich	2,8%	0,7%	1,7%	1,7%
Mehr als einmal pro Woche	4,7%	3,6%	4,9%	3,6%
Einmal pro Woche	29,6%	28,8%	22,7%	18,0%
Mindestens einmal im Monat	11,6%	11,9%	11,9%	11,1%
Nur an Feiertagen	17,0%	21,2%	24,6%	18,0%
Selten	13,8%	19,2%	18,8%	19,0%
Nie	20,5%	14,6%	15,3%	28,7%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
Täglich	-	2,0%	1,9%	1,2%
Mehr als einmal pro Woche	1,8%	2,8%	6,1%	4,1%
Einmal pro Woche	16,0%	25,5%	41,2%	25,1%
Mindestens einmal im Monat	8,8%	13,2%	14,4%	11,2%
Nur an Feiertagen	18,9%	25,6%	18,3%	22,0%
Selten	25,3%	17,8%	9,8%	21,2%
Nie	29,1%	13,1%	8,3%	15,1%

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 6

- Das Bildungsniveau ist in der Regel ein aussagekräftiger Prädiktor für die Parteipräferenz, wobei Befragte mit höherer Bildung für Parteien der Mitte stimmen und Befragte mit niedrigerer Bildung in der rechtsextremen Wählerschaft überrepräsentiert sind. Dies gilt auch in Polen, wo die Wähler*innen von Koalicija Polska, KO und Nowa Lewica die Wählergruppen mit dem höchsten Bildungsniveau bilden, während PiS und Konfederacja besonders von Befragten mit mittlerem Bildungsniveau Zuspruch erfahren.
- Die Bedeutung der Religion nimmt in den westlichen Demokratien immer mehr ab, aber in Polen geben mehr als 40 Prozent der Befragten an, dass sie mindestens einmal im Monat einen Gottesdienst besuchen – ein höherer Anteil als in vielen anderen europäischen Ländern. Die Wähler*innen von PiS und Konfederacja gehen am häufigsten in den Gottesdienst, während die Wählerschaft von Nowa Lewica am seltensten an Gottesdiensten teilnimmt.

AUTOREN

Über Kieskompas (Wahlkompass)

Kieskompas ist ein unabhängiges wissenschaftliches Forschungsinstitut, das sich auf quantitative Datenanalyse, Meinungsumfragen und das Erstellen von Wählerprofilen spezialisiert hat. Es wurde 2006 von Dr. André Krouwel in Kooperation mit der Vrije Universiteit (VU) Amsterdam gegründet. Kieskompas hat sich als Marktführer in der Entwicklung und Innovation von Online-Wahlhilfen (Voting Advice Applications, VAAs) einen Namen gemacht, die von insgesamt mehr als 30 Millionen Menschen genutzt werden. Das Unternehmen ist eng in die wissenschaftliche Community eingebunden und beschäftigt ein Team ausgewiesener Forscherinnen und Forscher mit einem ausgeprägten Fokus auf Politikwissenschaft, Datenwissenschaft und Statistik. Besondere Bekanntheit erlangte das Unternehmen durch die Entwicklung einer Methode, mit der die Positionen politischer Parteien in länderspezifischen politischen Kontexten innerhalb der Online-Wahlhilfen visualisiert werden können. Diese Online-Tools wurden in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in mehr als 40 Ländern erarbeitet und generieren sehr umfassende N-Datensätze, die sich für vertiefte Analysen eignen.

André Krouwel

André Krouwel ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und Kommunikation an der Vrije Universiteit (VU) Amsterdam und ist der Gründer des Unternehmens Kieskompas (Wahlkompass), das Online-Wahlhilfen entwickelt, mit denen Daten über Parteipositionen und Wählermeinungen erhoben und aufbereitet werden. Krouwels Forschungsschwerpunkte sind die öffentliche Meinungsbildung und politisch relevante Stimmungslagen, Wahlverhalten, politische Parteien und soziale Bewegungen. Darüber hinaus hat er im Rahmen seiner jüngsten Forschungen zu den Themen Verschwörungsglauben, Meinungsbilder im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie, wahlbeeinflussende Faktoren für europäische Randgruppenparteien sowie Euroskepsis publiziert.

Yordan Kutiyiski

Yordan Kutiyiski hat einen MSc-Abschluss in Politikwissenschaft von der VU Universität Amsterdam und einen MA-Abschluss in Lateinamerikastudien vom Zentrum für Lateinamerikaforschung und -dokumentation (CEDLA) an der Universität Amsterdam. Er arbeitet als quantitativer Forscher bei Kieskompas; zu seinen Forschungsinteressen gehören Wahlverhalten sowie europäische und lateinamerikanische Politik.



IMPRESSUM

FEPS – Foundation for European Progressive Studies

Avenue des Arts 46
1000 Brüssel
Belgien
info@feps-europe.eu
www.feps-europe.eu

Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Deutschland
info@fes.de
www.fes.de

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion bei der FEPS:
Ania Skrzypek, Direktor für Forschung und Ausbildung

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion bei der FES:
Ralf Hexel | Europäische Integration / Souveränes Europa

Kontakt / Bestellungen:
Adriana.Hornung@fes.de
Celine.Guedes@feps-europe.eu

Übersetzung aus dem Englischen: Christine Hardung

Design und Illustrationen:
pertext, Berlin | www.pertext.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die des Europäischen Parlaments, der Foundation for European Progressive Studies (FEPS) oder der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES oder FEPS herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES/FEPS nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

ISBN 978-3-98628-377-3

© 2022



www.fes.de/bibliothek/fes-publikationen



Diese Veröffentlichung wurde mit finanzieller Unterstützung des Europäischen Parlaments erstellt.

